

Dresdner Zeitung

Gegründet 1856

Wieder Morgen- und Abend-Ausgabe

Verlagsdruck: Neudruck Dresden.
Verlagsredaktion: Dammstrasse 25 241.
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. 2. bis 29. 2. 1924 1,50 Goldmark. Einzelnummer 15 Goldpfennig.
Anzeigen-Preis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für einmal 24 Stg., Familienanzeigen nach Einverständigung ohne Rabatt 10 Pfg., auferhalb 20 Pfg., die 60 mm breite 20 Pfg., die 90 mm breite 30 Pfg., die 120 mm breite 40 Pfg., die 150 mm breite 50 Pfg., die 180 mm breite 60 Pfg., die 210 mm breite 70 Pfg., die 240 mm breite 80 Pfg., die 270 mm breite 90 Pfg., die 300 mm breite 1,00 Goldmark. Die 300 mm breite 1,00 Goldmark. Die 300 mm breite 1,00 Goldmark.

Druck u. Verlag: Neudruck Dresden.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) - Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)
Kunstspiel-Flügel und Pianos

in höchster Vollendung,
sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüthlicher Solidität

Ziviler Ausnahmezustand nach dem 1. März.

Der Reichsinnenminister erhält die Befugnis zu Ausnahmemaßnahmen gegen Terrorakte.

Die sächsische Regierung übernimmt die Verantwortung, mit den vorhandenen Polizeikräften Ruhe und Ordnung zu sichern.

Der Inhalt der Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 28. Febr. Der Reichsinnenminister hat in der heutigen Sitzung des Reichsrates zur Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes folgende Erklärung abgegeben:

Nachdem der Reichspräsident sich auf Anregung des Herrn Chef der Delegation entschlossen hatte, den bisherigen militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, fiel der Reichsregierung die Verpflichtung zu, in eine sorgfältige Erwägung darüber einzutreten, ob die völlige Beibehaltung dieses Ausnahmezustandes vor dem Volke zu verantworten sei. Von vielen Seiten wurden lebhafteste Bedenken gegen die Beibehaltung des militärischen Ausnahmezustandes erhoben und dessen Aufhebung als vorzuziehend bezeichnet. Dies gilt namentlich vom

Freistaat Sachsen,

in welchem noch in letzter Zeit bedrohliche Erscheinungen herauf zu sehen sind. Deshalb wurde namentlich aus Sachsen herauf in zahlreichen und dringenden Eingaben die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes gefordert. Nach Verhandlungen mit der sächsischen Regierung hat die Reichsregierung davon Abstand genommen, dem Herrn Reichspräsidenten entsprechende Vorkenntnisse zu machen, obwohl sie sich des besonderen Grades der Lage in Sachsen wohl bewußt ist.

Die sächsische Regierung

hat jedoch der Reichsregierung die bestmögliche Erklärung abgegeben, daß sie mit der vorhandenen Landespolizei, die möglichst bald auf ihr Etatsfuß aufgestellt werden soll in Verbindung mit der von dem Militärbefehlshaber aufgestellten Hilfspolizei, welche bestehen bleiben soll und zur Auffassung der Landespolizei allmählich herangezogen werden soll, in der Lage und festen Willens sei, Ruhe und Ordnung in dem Lande aufrecht zu erhalten. Sie hat dafür der Reichsregierung gegenüber die Verantwortung übernommen.

Die Verhältnisse im ganzen Reich gestalten die restlose Aufhebung des Ausnahmezustandes nach Aufassung des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung noch nicht. Es machen sich auch dort noch

bedrohliche Bestrebungen,

geltend, welche auf gewaltsamem Wege die Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform erzwängen wollen. Die Reichsregierung ist entschlossen, diesen konterrevolutionären Bestrebungen, ob sie von links oder von rechts kommen, entschieden entgegenzutreten.

Zur Abwehr dieser Umsturzstrebungen soll daher auch in Zukunft der Ausnahmezustand in nicht militärischer Form bestehen bleiben.

Der Herr Reichspräsident wird deshalb mit Erlaß vom heutigen Tage den Reichsminister des Innern ermächtigen, die dagegen notwendigen Maßnahmen zu treffen. Zu diesem Zweck werden die Artikel 114, 115, 117, 118, 128, 129 und 133 der Verfassung vorübergehend außer Kraft gesetzt. Der Reichsminister des Innern ist demnach ermächtigt, weiterhin Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versam-

lungswortes des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses anzuordnen, und Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen vorzunehmen.

Alle Zivilverwaltungsbehörden des Reiches, der Länder und der Kommunen haben dem Erlaß des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

Gegen das Verbot periodischer Druckschriften, das Verbot von Auflösung von Vereinen und Vereinigungen sowie gegen Beschränkungen der persönlichen Freiheit finden die in den Paragraphen 5a und 5b der Verordnung vom 28. September 1923 bzw. der vom 23. Dezember 1923 gegebenen Rechtsmittel Anwendung.

Mit Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes treten die vom militärischen Befehlshaber getroffenen Maßnahmen, insbesondere die erlassenen Schußhaftbefehle, Presseverbote und Vereinsverbote außer Kraft. Diejenigen Schußhaftbefehle, die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bereits bekräftigt sind, bleiben bis zum 15. März 1924 bestehen, soweit sie nicht vorher vom Reichsminister des Innern vorher aufgehoben oder auf Grund des § 2 der neuen Verordnung neu erlassen werden.

Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen bleiben weiterhin verboten.

Die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmten Stellen können jedoch Ausnahmen zulassen. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Der Reichsminister des Innern kann bestimmte Teile des Reichsgebietes von ihrer Anwendung ausnehmen. Da in

Bayern

berichts ein erheblich weitergehender Ausnahmezustand besteht, wird der Reichsminister des Innern Bayern gegenüber von dieser Ermächtigung Gebrauch machen. (wfb.)

Die Ausnahmeverordnung für Bayern.

Verordnung Nr. 1 zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924.

Auf Grund des § 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 bestimmte ich: Das Gebiet des Freistaats Bayern wird mit Rücksicht auf den dort bereits bestehenden weitergehenden Ausnahmezustand von der Anwendung der §§ 2 bis 4 der genannten Verordnung ausgenommen.

Verordnung Nr. 2 zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 bestimmte ich: Es ist verboten, militärische Kampfstoffe, insbesondere Militärwaffen oder Munition für Militärwaffen anzubieten, zu halten, an Personen, die nicht zum Besitz solcher Gegenstände berechtigt sind, zu überlassen, den Erwerb oder Ueberlassung zu vermitteln, oder sich zum Erwerb zu erlösen. Das Verbot findet keine Anwendung auf die auf Grund des Friedensvertrages für die interalliierten Militärkontrollkommissionen zugewiesenen Firmen, für ihre Lieferung an solche amtlichen Stellen, die nach den geltenden Bestimmungen ihrer Organe mit diesen Gegenständen versehen dürfen.

Zwischenhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 bestraft.

Berlin, den 28. Februar 1924. Jarres. (W. T. B.)

Die Beratungen im Reichstagsauschuß.

Das Reich ohne Kreditquellen. - Erhöhung der Beamtengehälter gemäß Miethelierung am 1. April.

Erhöhung einer unterer Berliner Zeitungsaktion.

Berlin, 28. Febr. Der Hauptauschuß des Reichstags beriet über die vorläufige Beschlussung des Reichshaushalts für 1924. Seitens des Reichsfinanzministeriums wurde festgestellt, daß die Ausgaben im ordentlichen Etat etwa 5 Milliarden, im außerordentlichen Etat etwa 180 Millionen, die Ausführung des Budgets von Verfalltes 640 Millionen Goldmark betragen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß das Reich jetzt ohne nennenswerte Kreditquellen sei. Die Rentenmarktkredite seien fast völlig in Anspruch genommen und die Reichsbank dürfe unter keinem Umstande mehr Schatzwechsel für

das Reich diskontieren. Das Reich sei daher sowohl auf die Beschaffung eines Betriebsfonds zur Ausdehnung von zeitweiligen Spannungen amtlichen Einnahmen und Ausgaben als auch zur Deckung der für den außerordentlichen Haushalt zu machenden Ausgaben auf die Inanspruchnahme von Krediten angewiesen. Es müßten Beiträge von 300 und 500 Millionen Goldmark deswegen als Ökonomieausgaben erwählt werden, weil noch nicht zu übersehen ist, bis zu welchem Zeitpunkt der Reichshaushalt für 1924 endgültig festgelegt sein wird. Die Beamtengehälter würden wohl Anfang April gemäß der Miethelierung erhöht werden. In der Aussprache darüber wurde eine Beschränkung des vorläufigen Etatsleides gewünscht. Reichsfinanzminister Dr. Luther hielt eine Preisung bis 30. April für untragbar, weil dadurch die Gefahr des zeitweiligen Stillstandes der Reichsfinanzgeschäfte gegeben sei.

Mißtrauensantrag und Ausnahmezustand im sächsischen Landtag.

Die Neuregelung nach dem 1. März.

Die Landtagsverhandlung am gestrigen Donnerstag brachte als Hauptpunkt die Erklärung des Ministerpräsidenten Feldt, daß er aus Berlin die telegraphische Mitteilung über die Neuregelung des Schutzes der öffentlichen Ordnung nach dem 1. März erhalten habe. Danach wird der militärische Ausnahmezustand am 1. März aufgehoben. Auch die von den militärischen Befehlshabern erlassenen Schußhaftbefehle treten mit diesem Tage außer Kraft, nur die vom Staatsgerichtshof erlassenen bleiben noch bis zum 15. März in Wirksamkeit. Zum Erlaß für die fortgesetzte militärische Garantie der öffentlichen Sicherheit wird der Reichsminister des Innern ermächtigt, besondere Maßnahmen zu ergreifen. Er kann seine Befugnisse, die in dem Rechte zur zeitweiligen Aufhebung der verfassungsmäßigen Grundrechte gipeln, auf die Landesjustizbehörden übertragen. Das heißt mit anderen Worten, daß an die Stelle des militärischen der zivile Ausnahmezustand tritt. Dieser Abbau bedeutet unzweifelhaft ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie; denn ihr allein mit samt den Kommunisten war die „Uniform“ ein Dorn im Auge, während die breiten bürgerlichen Schichten allerorten gerade in dem militärischen Charakter des Ausnahmezustandes eine besondere Garantie seiner Wirksamkeit erblickten. Das ist ganz sicher, daß das bürgerliche Empfinden den Rücktritt der kommandierenden Generale von der Ausübung der vollziehenden Gewalt mit größtem Bedauern begleitet. Die Art, wie die Generale ihre Mission erfüllt haben, war ebenso zielbewußt wie taftvoll. Bezeichnend dafür ist, daß der sächsische sozialistische Ministerpräsident selbst sich genötigt gesehen, dem Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, General Müller, das rückhaltlose Zugeständnis zu machen, daß er sein Versprechen, den Ausnahmezustand „so unsichtbar wie möglich“ zu machen, voll aufrechterhalten habe. Es bleibt abzuwarten, ob das bürgerliche Vertrauen zum unbedingten Schutze der Ordnung und Ruhe insbesondere in dem schwer bedrohten Sachsen einen ähnlich festen Anfergrund wird finden können, wenn nunmehr die starke militärische Hand sich aus dem Spiel zurückzieht. Das eine ist jedenfalls klar, daß die bloße Versicherung des Ministerpräsidenten Feldt, er werde im Falle einer erneuten Bedrohung der öffentlichen Ordnung alle staatlichen Machtmittel mit voller Energie einsetzen, keine allgemeine Beruhigung erzeugen kann. Dabei mag dem Ministerpräsidenten ruhig zugegeben werden, daß er für seine Person den auten, ehrlichen Willen hat, seine Aufgabe wahr zu machen. Er ist aber als sozialdemokratisches Parteimitglied in seiner Bewegungsfreiheit stark beschränkt, und seine besten Absichten hängen an hundert Ketten der Rücksichtnahme auf parteipolitische Sonderwünsche.

Aus diesem Grunde kann auch der deutsch-nationale Mißtrauensantrag nach dem Bekanntwerden der vom 1. März abgültigen Neuregelung nicht als erledigt betrachtet werden. Man muß bedenken, aus welchen Erwägungen er hervorgegangen ist. Der Ministerpräsident hatte seinerzeit, als allen bürgerlichen Kreisen Sachsen, insbesondere den großen Wirtschaftsverbänden, die ernstesten Bedenken gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes erhoben wurden, amtlich erklärt, daß die sächsische Regierung gar nicht daran denke, irgendwelche Schritte gegen die Aufhebung zu unternehmen. Dies veranlaßte die deutsch-nationale Fraktion des Landtags, ihren Mißtrauensantrag einzubringen, und der gleiche Grund besteht auch heute noch fort; denn es handelt sich dabei um das Mißtrauen, das notgedrungen auf bürgerlicher Seite gegen eine Regierung geübt werden muß, die in kritischer Stunde einem dringenden allgemeinen Verlangen der öffentlichen Meinung in Nachgiebigkeit gegen eine Parteiparole ihr Ohr verschlossen hat. Wenn das einmal geschehen ist, so kann es auch wieder geschehen, und die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich unter dem zivilen Ausnahmezustand bei nächster Gelegenheit ein Gegensatz zwischen dem Volkswillen und der in der Regierung herrschenden Auffassung herausstellt, wenn es sich um den rechtzeitigen Einsatz aller verfügbaren Machtmittel gegen unrühige Elemente handelt. Der deutsch-nationale Abgeordnete Beutler, der den Antrag seiner Fraktion begründete, hatte vollkommen recht, wenn er erklärte, daß der wahre Wille des sächsischen Landes nicht im Parlament zum Ausdruck komme, sondern nur in einer Volksabstimmung zur Geltung gebracht werden könne; eine solche Abstimmung aber würde zweifellos eine große Mehr-

beit für die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustands ergeben.

Der nächste Landtag ist in der Tat nicht mehr der zuverlässige Spiegel der öffentlichen Meinung des sächsischen Volkes, ebensowenig wie der Reichstag noch mit der politischen Empfindungswelt der Bevölkerung im Reiche in harmonischer Verbindung steht.

Die Reichstagsrede Stresemanns.

Die Fortsetzung der großen politischen Aussprache.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 28. Februar. Am Regierungstag u. a. Reichstagspräsident Dr. Brüning, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Brüning.

Der Minister des Auswärtigen, Dr. Stresemann.

In der deutschen auswärtigen Politik stehen wir unter dem Eindruck der Arbeit der Sachverständigenkommission. General Dawes hat beim Abschied des ersten Ausschusses bezeugt, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in sonderbarer Weise gewahrt worden ist.

Bon dem Erfolg dieser Arbeit wird es abhängen, ob eine Lösung der Reparationsfrage möglich ist.

Die baldige Lösung ist die erwünschteste. Deutschlands wirtschaftliche Lage erfordert sie. Die Sachverständigen dürften sich von der Irrigkeit der Behauptung eines betrügerischen Vortrugs Deutschlands überzeugen haben.

Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der engsten Beschränkung aller Staatsausgaben erklärt der Minister zu dem Schluß auf Deutschland folgenden:

Belagungslosten:

Alle Parteien der besetzten Gebiete waren sich darin einig, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, sie vor der Exekution der Belagungsarbeiten durch diese Maßnahmen zu bewahren, die im wesentlichen an die Kommunikation der besetzten Gebiete gerichtet werden.

Die Wiederherstellung Deutschlands über die vollen wirtschaftlichen und Steuerkräfte des Reiches, die Wiederherstellung der Verkehrselasticität dürften von allen Kennern des Wirtschaftslebens als Voraussetzung für das Gelingen einer internationalen Anleihe angesehen werden.

Die Kreditlinie der Industrie und Landwirtschaft ist so hart, daß wir mit harter Mühseligkeit die Produktion zu rechnen haben, wenn ihr nicht abgeholfen wird.

Der 15. April, an dem die Witumverträge ablaufen, ist ein kritischer Termin. Eine Fortführung der Diskussion dieser Verträge ist von deutscher arbeitsmoralischer Seite aus unmöglich.

Diese Verträge setzen vor Aufgabe des passiven Widerstandes und nach seiner bedingungslosen Aufgabe ein. Sie sind unendlich verzögert worden durch die gedankliche Konstruktion des französischen Ministerpräsidenten, daß der passive Widerstand angeblich noch nicht abgebrochen war, als Deutschland längst alle seine Verfügungen zurückgezogen hatte.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß in weiten Kreisen Frankreichs die Stimmung sich gegen früher geändert hat.

Man empfindet ansehend doch mehr als früher, daß Frankreich in gewisser Beziehung trotz aller politischen Differenzen in einer wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland steht.

zeitig mit den Reichstagsarbeiten vorzunehmen, wenn diese, wie jetzt ziemlich allseitig angenommen wird, bereits Anfang April vollzogen gehen sollen.

pflicht; wohl aber können wir es von deutscher Seite aus nur begründen, wenn seitens der Allierten Mittel und Wege gesucht werden, um Frankreich besonderen finanziellen Bedürfnissen bei der Regelung der Reparationsfrage gerecht zu werden.

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dachte Frankreich zu überfallen. Warum sind aus alle die Anstrengungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktes und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt?

Franzosen als Vollstrecker separatistischer Machegedankte.

Die Lage in Birma.

Birma, 28. Febr. Von der französischen Besatzungsbehörde sind im ganzen etwa 50 neue Verhaftungen vorgenommen worden, während sich etwa 200 Bürger der drohenden Inhaftierung durch die Straße entzogen haben.

Ein französischer Major als Befehlshaber der Verräter-Regierung.

Antel, 28. Febr. Die nachträglich bekannt geworden ist, daß Major Lapointe auf Grund des am 16. Februar 1924 in Suvaer getroffenen Abkommens durch den separatistischen Bürgermeister Napp eine Stadtratsführung einberufen, an der der Major selbst teilnahm.

Vor neuen Ueberraschungen in der Pfalz.

Heidelberg, 28. Febr. Gewisse Erscheinungen sprechen dafür, daß man sich in der Pfalz auf neue unangelegte Ueberraschungen gefaßt machen muß, die den früheren nach Zweck und Ziel gleich sind, wenn auch die alten Formen wechseln werden.

Der Antrag auf Todesstrafe für Hochverrat im besetzten Gebiet.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 28. Februar. Der Rechtsausschuß des Reichstages lehnte den deutschen Antrag, der für das Verbrechen des Hochverrats im besetzten Gebiet die Todesstrafe verlangt und gleichzeitig fordert, daß das Reichsgericht auch in Abwesenheit des Beschuldigten zur Aburteilung dieses Hochverrats berufen sein soll, von der Tagesordnung ab, nachdem gegen die juristisch-technische Konstruktion des Antrags Bedenken erhoben worden waren.

Hochverräterische Umtriebe in Deutsch-Oberschlesien.

Coppeln, 28. Febr. In letzter Zeit wurden in Oberschlesien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die beträchtliche Aufregung erregten. Der Oberpräsident von Schlesien teilt das folgende mit: Auf Grund des schon länger bestehenden Verdachts, daß in Deutsch-Oberschlesien wohnende Reichsangehörige Mitglieder von in Polen bestehenden Injurgenorganisationen sind, hat der Oberpräsident entsprechend eingehende Ermittlungen angeordnet, da eine Zugehörigkeit von Reichsangehörigen zu Injurgenorganisationen nach Artikel 86 des Reichsverfassungsgesetzes strafbar ist.

Reibel deckt den Wiederaufbauhandel.

Paris, 28. Febr. Die Kammer nahm heute vormittag das Budgetgesetz für die Wiederaufbauausgaben des Monats März an. Es kam zu einer ausführlichen Aussprache über die Mißbräuche bei der Festsetzung der Entschädigungen und der Verteilung der Gelder auf die einzelnen Gruppen. Obwohl der Finanzminister zu Beginn der Sitzung erklärte, daß der Budgetentwurf spätestens morgen von beiden Häusern des Parlaments angenommen sein müsse, bestand der sozialistische Abgeordnete Inghelb darauf, die umfangreichen Ziffern des Dokumentenmaterials zu erläutern.

Englands Einkünfte aus der Reparationsabgabe.

London, 28. Febr. Schatzkanzler Snowden erklärte heute in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus, vom 31. März bis Ende Dezember 1923 hätten die Einnahmen aus der 20prozentigen Reparationsabgabe ungefähr 18 Millionen Pfund betragen. Die Regierung hoffe jetzt 180 Millionen zu erzielen.

Die Fortsetzung der Aussprache.

Abg. Koch (Dem.) betont die Notwendigkeit, alle Kräfte des Volkes zusammenzufassen, um der Gefahr einer neuen Inflation zu begegnen. Die größte Beschwerde seiner Freunde richte sich gegen die Ausföhrung der Personalabbaupflichtordnung. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Entweder zu versuchen, den Friedensvertrag zu erfüllen, oder einen neuen Krieg zu beginnen.

Die Fortsetzung der Aussprache.

Abg. Dr. Reich (Wanr. Sp.) bezieht die Regelung der Ausfuhrungsfrage. Als Mitglied (Komm.) tritt energisch für das Verschwinden des arbeitsmoralischen Reichstages ein. Der kommunistische Redner wendet dann weiter gegen die angeblichen Wahlen des Reichspräsidenten Obert, mit Hilfe der Reichswehr seinen Thron zu retten, bis er endlich wegen einer schlaffen Rede von der bisher im Deutschen Reichstag etwas Gleichwertiges noch nicht an die Seite zu setzen ist, vom Reichspräsidenten Dr. Brüning zur Ordnung gerufen wurde.

Fürst Otto v. Bismarck Reichstagskandidat.

Berlin, 27. Febr. Die Verbände der Deutschen nationalen Landesverbände in Bremen, Oldenburg, Ostpreußen und Ostfalen haben in einer Besprechung mit dem Fürsten Otto v. Bismarck in Friedrichshagen, dem Enten des größten deutschen Staatsmannes, diesem die Reichstagskandidatur für die Deutsche nationale Volkspartei im Wahlkreis Westfalen-Ems angetragen.

Die Deutsche Volkspartei beantragt den 4. Mai als Reichstagswahltermin.

Berlin, 28. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Initiativantrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstages am 4. Mai für beendet erklärt und die Reichstagswahlen auf den 4. Mai verschoben werden. Da man die übrigen Koalitionsparteien bei der Entscheidung darüber, wann der Reichstag seinen Geist aufgeben soll, nicht ausschalten will, soll erst noch die Stellung dieser Parteien, also des Zentrums und der Demokraten vor allem, abgewartet werden, ehe der Antrag zur Abstimmung gestellt wird.

Die Tragödie Hitlers vor dem Volksgericht.

Vernehmung des Oberleutnants Kriebel unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die Verhandlungen am Donnerstag.

München, 28. Febr. Der Beginn der heutigen Sitzung des dritten Verhandlungstages verzögerte sich um mehr als eine Stunde, da General Ludendorff auf der Fahrt von seiner Wohnung in Prinz-Ludwigstraße nach dem Gerichtsbau eine Pannne erlitten hatte. Die Angeklagten erschienen erst gegen 9,15 Uhr im Saal. Inzwischen hatte sich auch die Presse eingefunden und die Zuschauerplätze hatten sich wieder gefüllt. Erst nach 10 Uhr konnte die Verhandlung beginnen.

Zunächst gab Anwalt Kohl eine Erklärung ab, in der er mit Bezugnahme auf die gestrige Vernehmung des Generals Epp mitteilte, daß tatsächlich in einer Ständevereinbarung in Anwesenheit des Generals Epp von Oberleutnant Socher ein Protokoll über die Besprechungen zwischen Socher und dem Kampfbund vom 8. November verlesen worden ist. Kohl nimmt an, daß General Epp sich dieser Vorgänge nicht mehr erinnern konnte. Daraus kam nochmals die Frage einer Neuenvernehmung Ehrhardts zur Sprache. Staatsanwalt Dr. Steinlein erklärte hierzu, daß die Staatsanwaltschaft nach der Vernehmung der Herren Kohl und Seifert im Untersuchungsverfahren kein Interesse mehr an einer Vernehmung Ehrhardts habe. Anwalt Kohl protestierte gegen diese Auffassung. Er habe schon früher den Antrag gestellt, daß auch gegen die Herren Kohl-Socher-Seifert ein Strafverfahren eröffnet werde.

Das Gericht lehnt darauf die Vernehmung der Angeklagten fort. Zunächst äußert sich in längeren Ausführungen Oberleutnant a. D. Kriebel,

der militärische Führer des Deutschen Kampfbundes, teils in öffentlicher, teils in geschlossener Sitzung, über seine Tätigkeit und über die Beweggründe seines Handelns. Der Angeklagte leitete seine Rede mit einer Schilderung seiner Tätigkeit bei der Waffenstillstandskommission in Spa ein. Er erklärte: Von dort haben wir das ganze Land mitgebracht. Wir standen vor einem rücksichtslosen Feind, während im Rücken die Verbände des einseitigen Volkswort, was wir noch hatten, gehörten.

Es ist uns klar geworden, daß wir auch den Feind im Innern hatten, der beiseite gelassen werden mußte, bevor an die große Frage herangetreten werden konnte.

Wir mußten erleben, wie dort von den Männern der Revolution die Grundlage des Volkes preisgegeben und veräußert wurde.

Als ich noch in der Pfalz war, mußte ich mir von General Epp eine Rede abnehmen lassen, gegen die sich mein Inneres aufbäumte. Als unser Zug von Spa abfuhr, rief ich am offenen Fenster mit geballter Faust den Belgier an: Auf Wiedersehen in einigen Jahren! Entschuldigend, Steinbögel und Revolverkugeln auf uns waren die Antwort.

Kriebel schließt hierauf seine Tätigkeit bei der Einwohnerwehr und erklärt, er habe sich auch an der politischen Bewegung im März 1920 beteiligt und sich damals seine Staatsbürgerschaft verdient. (Vetterkeit im Redertraum.)

Die Schuld an der Auflösung der Einwohnerwehren trage allein Herr v. Kahr, der es ferner nicht ausdrücklich abgelehnt habe, sich hinter die Einwohnerwehren zu stellen.

Er habe damals Kahr als einen Mann der offenen Diktatur erkannt. Die Auflösung der Einwohnerwehren habe zur Folge gehabt, daß sich die wahrhaft vaterländisch gesinnten Männer vollständig von dieser Organisation zurückgezogen hätten. Kriebel teilt dann weiter mit, daß seine Tätigkeit bei der Organisation Eiseren im Herbst 1921 ihr Ende fand, weil man ihm nachsagte, er wolle eine Donaumonarchie errichten. Er schiedt jedoch, wie er im Jahre 1922 allmählich Beziehungen zu den Organisationen des Kampfbundes bekam und wie er Hitler kennengelernt habe und wie er schließlich militärischer Leiter des Kampfbundes geworden sei. Diese Stellung habe ihn in die Lage gebracht, in der er sich augenblicklich befinde.

Der Angeklagte ersucht hierauf im Interesse der Ruhe und Ordnung im Saale, ihm Gelegenheit zu geben, seine weiteren Ausführungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit machen zu dürfen. Vorlesender: Halten Sie es nicht für zweckmäßiger, die angekündigte Schilderung in einem späteren Bericht zu bringen und vorerst mit dem übrigen Teil Ihrer Ausführungen fortzufahren?

Angeklagter: Ich halte es für notwendig, in meinem Bericht ankommenlassen zu dürfen, und habe überdies als militärischer Leiter des Kampfbundes Angelegenheiten zu erstären, die eine öffentliche Erwähnung nicht zulassen.

Der Erste Staatsanwalt beantragt, die Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiterzuführen, da die nachfolgenden Ausführungen die Staatsbürgerschaft gefährden würden.

Deutsches bei Smetana.

Zum 100. Geburtstag des Komponisten am 2. März. Friedrich Smetana, der Prager Tonmeister, wird bei der Wiederkehr seines 100. Geburtstages von den Tschechen mit großer Feierlichkeit als einer ihrer hervorragendsten Söhne geehrt. Trotzdem würzelt dieser Komponist, den sein Geburtsland für einen Nationalgenius hält, hart in deutscher Bildung und im deutschen Weltleben. Smetana hat selbst in einem an Dr. Frochada gerichteten Briefe bekannt, daß er von der Jugend auf in der Schule und später auch in seiner Entwicklung ganz unter deutschem Einfluß gestanden und sich durchaus in deutscher Weise entwickelt habe. Die Musik habe sogar seine Zeit und Kraft derart in Anspruch genommen, daß er sich „in tschechischer Sprache weder tadellos ausdrücken, noch ordentlich tschechisch zu schreiben“ vermochte. In der Tat wäre Smetana nie das geworden, was er war, wenn er nicht bei Elfat auf der Weimarer Alleenburg im Kreise der wendischen Schule Forderung und Anregung gefunden hätte, und nie hätte ein Werk wie die „Verkaufte Braut“ geschaffen werden können, ohne das Vorbild der deutschen Epilopeer.

Die tschechischen Kunstkreise in Prag, die Smetana jetzt nach seinem Tode in den Himmel erheben, sind im übrigen dem Lebenden sehr wenig freundlich entgegengekommen. Er war, nicht zuletzt wegen seiner deutschen Neigungen, in seiner Stellung als Kapellmeister am tschechischen Theater in Prag vielen Anfeindungen ausgesetzt. Als er 1868 seine Oper „Dalibor“, die großartige Verherrlichung eines sagenhaften tschechischen Helden, in Prag zur Uraufführung brachte, da warfen ihm seine Landsleute sogar ganz offene „Verwünschungen“ vor und wollten in diesem Werk, wie Kriebel früher in der „Verkauften Braut“, Antikörper an Wagner finden, die ihnen sehr unparitätisch schienen. Die Oper mußte abgelehrt werden, wanderte ins Archiv, und erst als Smetana sein Heilungswerk im Dezember 1870 zu seinem Benefiz wählte, schlug das Urteil des Publikums um, und man begreift sich jetzt für die Musik. Deutlich ist auch, daß Smetana für diese Oper mit einem so untschechischen Stoff doch ein deutsches Textbuch benutzte, das sein Freund Josef Benja erst in tschechische überlegte. Auch mit Gehalt und Honoraren hat man Smetana in Prag nicht verfahren. Er erhielt für die Uraufführung von „Dalibor“ 140 Gulden, während ihm Pollini in Hamburg für die Uraufführung seiner Oper „Zwei Witwen“ sofort 1000 Gulden zahlte. Zuletzt wurde Smetanas Stellung durch allerlei Anfeindungen tschechischer Kreise so untergraben, daß er am 2. März

das Gericht von sich zur Beschlußfassung über den Antrag des Ersten Staatsanwalts auf einlag Minuten zurück und gab hierauf von dem gefassten Beschluß Kenntnis, daß die Öffentlichkeit für die weitere Vernehmung des Angeklagten ausgeschlossen wird. Zugelassen sind nur die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden. Der Vorsitzende machte dabei auf die Straffälligkeit einer Verletzung des Schweigebotes aufmerksam. Um 10,15 Uhr wurde der Sitzungssaal geräumt.

Auch die Nachmittagsverhandlung im Prozeß gegen Hitler und Genossen wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Erst für die morgige Sitzung wird die Öffentlichkeit wieder zugelassen werden. Vorausschicklich wird morgen die Vernehmung Ludendorffs erfolgen. Ob in dieser Woche noch die Beweisaufnahme und damit die Zeugenvernehmung beginnen kann, erscheint äußerst fraglich.

Was trieb Ludendorff an die Seite Hitlers?

Eine Auskunft des Generals an einen englischen Pressevertreter.

München, 28. Febr. Ein Vertreter der „Daily News“ hatte in München eine Unterredung mit dem General Ludendorff, der bisher mit der Begründung, dem Prozeß nicht vorzutreten zu wollen, alle Ausfrager zurückgewiesen hatte. Er erklärte, Ludendorff erklärte auf die Frage, warum er sich an den November-Vorgängen beteiligte, daß das für jeden klar sei, der ihn kenne. Er wollte selbstverständlich mit aller Kraft und mit seinem Namen seinem Vaterlande dienen und ihm dazu

verhelfen, die Ketten im Innern abzuwerfen, damit es dann auch nach außen hin unerschrocken und bündnisfähig wieder dahebe. Er habe Männer, die für Land und Volk ihr Bestes hergeben. Solche Männer gäbe es Gott sei Dank auch bei uns noch, aber es habe an ihrer Zusammenfassung gefehlt und an dem kräftigen Ausgehören der Nation gegen die anderen, die uns bisher in die Irre führten. Auf die Frage, welche anderen gemeint seien, erklärte Ludendorff: Alle die, die eine Pöbel unterzeichnen und dann die Pöbel noch am Leben erhalten. Am November 1918 habe die Sozialdemokratie, unterzeichnet von Wolfenbühler und Müller-Francken, unachoben und angefragt ein Manifest durch Anknüpfung an die feindlichen Mächte gesandt, in dem Deutschlands Meinschuld am Kriege bekannt und um die Freundschaft der Entente für das neue revolutionäre Deutschland gebittet wurde. Auf dieses Bekenntnis hin sei Deutschlands Schuld an dem Tötung von Vertriebenen geltend gemacht worden. Ohne dieses Bekenntnis hätten sich auch unter unseren Feinden ehrliche Männer gefunden, die uns diese Pöbel und diese Schmach erspart hätten. Noch im Juli 1919 habe es eine Möglichkeit gegeben, uns von dem Joch der Pöbel zu befreien. Aber wiederum die Sozialdemokratie und auch das Zentrum, ohne dessen Mithilfe es nicht dazu gekommen wäre, hätten den Vertrag unterschrieben. Erklärte Ludendorff, er hätte dann weiter, daß wir einen überalterten Reichstag hätten der die Volksmeinung nicht mehr widerspiegeln könne. Wir hätten auch einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten, der nicht verfassungsmäßig gewählt sei. Das Deutschland von 1924 sei wieder fähig, sich und die Welt aufzubauen.

England und Frankreich zum Rücktritt der Regierung Theunis.

Ein Ereignis von beträchtlicher Bedeutung.

Die Ansicht des „Manchester Guardian“.

London, 28. Febr. „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel zur belgischen Krise, der Sturz der belgischen Regierung sei für ganz Europa ein Ereignis von beträchtlicher Bedeutung. Die Stimme Belgiens in der Replo, der Rheinlandskommission und im Völkerbundrat gebe Belgien eine Macht in den Angelegenheiten der Welt, von der die belgischen Staatsmänner vor einigen Jahren niemals geträumt hätten. Die Unzufriedenheit und Enttäuschung über die Ergebnisse der Ruhrbesetzung, eine Währung von 120 Franken pro Pfund, steigende Preise und der halbe Ruin des Ostens von Antwerpen hätten mit dieser Niederlage der Regierung noch mehr an tun gehabt, als rein fiskalische Erwägungen. (B. T. B.)

zwungen gewesen seien, sich gegen eine bestimmte Auffassung der französischen Politik auszusprechen. Die zukunftsängstlichen Parteien erschienen dem „Temps“ verschieden, je nachdem man die eine oder andere Gruppe ins Auge faffe. Für den Augenblick aber müsse man anerkennen, daß die Abstimmung der belgischen Kammer gegen die Politik der französischen Regierung gerichtet gewesen sei. (B. T. B.)

Reuter bestreitet die Mitwirkung diplomatischer Momente.

London, 28. Febr. Reuter erklärt, daß, während keinerlei Neigung in britischen amtlichen Kreisen vorhanden sei, sich zu der politischen Krise in Belgien zu äußern, die allgemeine Empfindung in gut unterrichteten Kreisen die sei, daß die belgische Regierung in einer eigentlich inneren Frage unterlegen sei. Es sei zweifellos in Belgien beträchtliche Unzufriedenheit entstanden unter dem dauernden Fall des Franken und dem Steigen der Preise, und in einzelnen Kreisen sei die vorgeschlagene französisch-belgische Kombination nicht als sehr vorteilhaft für die belgischen Interessen angesehen worden. Diplomatische Momente hätten jedoch mit dieser Sache nichts zu tun und es werde für äußerst unwahrscheinlich angesehen, daß das französisch-belgische Zusammenwirken in der Reparationsfrage und den verwandten Fragen in irgend einer Weise beeinträchtigt werde. (B. T. B.)

Die Aussichten der belgischen Kabinettsbildung.

Brüssel, 28. Febr. Theunis hat den Journalisten bekräftigt, daß er sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe, und sogar erklärt, daß er nicht gekommen sei, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehme. Da die Sozialisten bei der Abstimmung den Ausschlag gegeben haben, würde man es in politischen Kreisen als logisch ansehen, wenn der König an der Wahl zur Bildung des Kabinetts zu sich berufen würde. Bekanntlich verlangen die Sozialisten jedoch die Auflösung der Kammer, und infolgedessen nimmt man an, daß kein sozialistisches Kabinetts zustandekommen wird. Gegen den Führer der Blauen, van Cauvelart, dessen Partei ebenfalls gegen die Regierung gestimmt hat, werden in politischen Kreisen starke Bedenken zum Ausdruck gebracht, die sich nicht gegen die Person oder die Partei van Cauvelart richten, sondern man nimmt an, daß er nicht in der Lage sein würde, ein Kabinetts aufzubringen. Es sind zahlreiche Kombinationen im Umlauf, und man spricht unter anderem von einem Geschäftsmannministerium und von einem liberalen Ministerium. Es ist außerordentlich schwierig, vorauszuweisen, welche Lösung die Krise finden wird.

Paris, 28. Febr. Der Rücktritt des Kabinetts Theunis wird von der französischen Presse besonders deswegen bedauert, weil er in dem Augenblick erfolgte, in dem die Sachverständigen im Begriff seien, ihre Berichte auszubereiten. „Matin“ jedoch meint, daß die Vorgänge in Brüssel die Stellung Frankreichs nicht beeinträchtigen würden, da im Augenblick die Beziehungen zwischen Frankreich und England herzlich seien.

Die Besprechungen des Komitees Dawes mit Sir Arthur Salter.

Paris, 28. Febr. Das Komitee Dawes hat heute vormittag seine angekündigte Besprechung mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, fortgesetzt. Salter hat nach Dawes auf Grund der in letzterem erhaltenen Ergebnisse erklärt, daß man, was Deutschland anbelangt, der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen könne, falls zu seinen Gunsten etwas Gleichwertiges wie in Österreich durchgeführt werden sollte. (B. T. B.)

Der Frankenkurs.

Paris, 28. Febr. Das englische Pfund hat gestern nachbörlich 101,75, der Dollar 2,38 erreicht. (B. T. B.)

Das Kopferbrechen des „Temps“ über das belgische Abstimmungsergebnis.

Paris, 28. Febr. Zur Kabinettskrise in Belgien schreibt der „Temps“: Es sind nicht Handelskräften, mit denen man die nötige Abstimmung erlautern kann. Man muß zugehen, daß sie hauptsächlich auf politische Erwägungen zurückzuführen ist. Die Kammer hatte über die Politik der französisch-belgischen Zusammenarbeit zu urteilen, wie sie durch die gemeinsame Ruhrbesetzung in die Erscheinung getreten ist. Das Blatt nennt die Mehrheit eine Zufallsmehrheit. Es sucht einen Unterschied zu machen zwischen den tschechischen Radikalen, die gegen Frankreich Stellung genommen hatten, und den Sozialisten, die ge-

1874 an die Theaterverwaltung einen Brief richtete, in dem es heißt: „Um wegen der alljährlich wiederholten Zeitungsausschritte nicht für meine Stellung befürchten zu müssen und um mich in Ruhe meinem Amt und meiner Kompositionenarbeit widmen zu können, wurde mir meine Stellung in einem unzulässigen Vertrag gegeben. Sollte das löbliche Konsortium jedoch aus Gründen, welche ich nicht zu erraten vermag, meine Stellung gewaltsam ändern wollen, dann habe ich in meiner Heimat nichts mehr zu suchen, und da ich als eine am Theater nur gebildete Person keine Gnaden annehme, so sehe ich mich, allerdings zu meinem größten Schmerze, gezwungen, mein künftiges Heil außerhalb der Grenzen Böhmens zu suchen.“ Das Leben des Meisters war damals nicht nur durch die Ränke seiner Geaner verdüstert, sondern auch durch die Taubheit, die ihn im letzten Jahrzehnt seines Lebens befallen hat, und die nur der Vorstoß einer noch schlimmeren Erkrankung war: der vollständigen Gehörverlängerung, der Smetana am 12. Mai 1884 in der böhmischen Landesirrenanstalt zu Prag erlag.

Als Künstler hat Smetana heute für und Deutsche fast nur durch seine Oper „Die verkaufte Braut“ noch Bedeutung, die die nicht schreckliche Gattung der neueren tschechischen Oper um ein liebenswürdiges Exemplar bereichert. Textlich dem tschechischen Volksleben entnommen und auch musikalisch durch slavische Klänge gekennzeichnet, ist sie im Stil doch der deutschen Musik von Korring bis Wagner verpflichtet und steht eben dadurch unserem Empfinden nahe. Auch wenn wir — selten genug — von Smetanas Instrumentalmusik etwas aufführen, sei es die stimmungsvolle Dichtung „Die Moldau“ oder Berwaldes, so hören wir doch als Musik aus Platz und Wagners Schule, nicht minder wie das ebenfalls hier und da noch zu hören gebrachte G-Moll-„Streichquartett“. Dieses Werk mit dem Titel „Aus meinem Leben“ ist übrigens ein ergreifendes Dokument der tschechischen Musik, mit denen der heute Gefeierte einst zu ringen hatte. Smetana selbst läßt sich in einem Briefe darüber folgendermaßen vernehmen: „Seit 6 Jahren bin ich völlig taub; seit dieser Zeit drang nicht ein Ton lebendig in mein Gehör. Ich muß mir die Töne nur im Geiste vorstellen und bloß innerlich wie im Traume hören. Und so entstand mein Quartett, als Erinnerung an eine schönere, entwandene Zeit. Ich habe den Beginn meiner Taubheit schildern zu müssen geglaubt und es auf die Art darzustellen gesucht, wie es im Finale des Quartetts mit dem vierstimmigen E der ersten Violine geschieht: Ich wurde nämlich vor dem Eintritt der völligen Taubheit viele Wochen lang vor mir abends zwischen 6 und 7 Uhr durch den starken Pfiff des As-Dur-Sept-Quartetts As-G-B in höchster Piccolage ver-

folgt, eine halbe, oft die ganze Stunde lang ununterbrochen, ohne daß ich mich davon irgendwie hätte befreien können. Dies geschah regelmäßig täglich, gleichsam als warnender Mahnruf für die Zukunft! Ich habe daher diese schreckliche Katastrophe in meinem Schicksal mit dem heillosen E im Finale zu schildern getrachtet.“

So gelten die tschechischen Jubelklänge des Smetana-Geburtsfestes also im Grunde nur einer feiner menschlichen Tragödien, an denen leider gerade die Künstlergeschichte nicht arm ist.

Kunst und Wissenschaft.

Vom künstlerischen Genie.

Vortrag in der Schopenhauer-Gesellschaft. In der jüngsten, ausgedehntesten tschechischen Musikwissenschaftlichen Versammlung der Schopenhauer-Gesellschaft verbreitete sich Dr. Felix Rimmermann in einem scharfsinnigen, sorgfältig vorbereiteten Vortrag über das künstlerische Genie. Wesen und Begriff des künstlerischen Genies wurde zunächst vom Vortragenden durch einen Vergleich mit dem künstlerischen Talent zu gewinnen gesucht: das Talent ist in seinem künstlerischen Schaffen konstant, bewahrt, ausbauend, weiterführend; das Genie dagegen ist bildnerisch, noch nicht vorhandenes neu bildend. Nicht selten wirkt sich dieser grundsätzliche Unterschied zu einer offensichtlichen Feindschaft zwischen dem bloß Talentvollen und den Genialen aus, wie dies z. B. das Genie Richard Wagners erfahren mußte seitens der meist nur talentierten Zeitgenossen. Eine solche Feindschaft erklärt sich leicht daraus, daß das Genie um verstanden und gewürdigt zu werden, eine gewisse Komplexität seiner Umwelt voraussetzen muß, die nur selten vorhanden ist. Der Ursprung des Genies ist ohne die metaphysische Theorie Schopenhauers (Evidenz des Intellekts vom Willen) oder die Annahme einer übernatürlichen Inspiration im Sinne Goethes kaum zu erklären, wenn man auch die Theorie von der Durchdringung des Genies in einer Generationenreihe (nach der Vererbungslehre) daneben als zu Recht bestehend anerkennen kann. Auf Grund einer dreifachen Betrachtungsweise führte sodann der Vortragende seine ihm mit Spannung lauschenden Hörer des näheren in die Merkmale und das Wesen des künstlerischen Genies ein. Zuoberst durch eine psychologische Betrachtung des Schaffens der genialen Künstler. Als festliche Grundlagen und Merkmale solchen Schaffens nannte der Vortragende, sich stützend auf zahlreiche Beispiele und Selbstbeobachtungen aus dem Künstlerleben und

Der Misstrauensantrag gegen die Regierung abgelehnt.

Skandaljahren. — Ausschluß von zwei Abgeordneten. — Abbruch der Sitzung.

85. Sitzung.

Dresden, den 28. Februar 1924.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt Präsident Winkler mit, daß an Stelle des Abgeordneten Finanzministers Dr. Steinbold, der sein Mandat niedergelegt hat, Ministerpräsident Jähns in den Landtag eingetreten sei. Der Abgeordnete, der dem Landtage früher schon einmal angehört hat, ist anwesend und wird von dem Präsidenten begrüßt.

Verhaftung von Kommunisten.

Abg. Böttcher (Komm.) erklärt zur Geschäftsordnung folgendes: **Wessern sind in Dresden 66 Arbeiter verhaftet worden. Darunter eine Reihe kommunistischer Stadtverordneter und der Landtagsabgeordnete Renner.**

Meine Fraktion stellt unter Hinweis auf die Verfassung den Antrag, daß für eintritt, daß Renner sofort aus der Haft zu entlassen ist. Die gestrige Sitzung hat stattgefunden wegen der Vorbereitung der Reichstagswahlen. Wober Dynamit noch Bomben und andere schreckliche Verbrechen sind in der Sitzung gekündet worden. Wir fordern auch die Freilassung der übrigen Verhafteten.

Präsident Winkler (Soz.): Der Ausschuss hat sich bereits mit der Sache beschäftigt und Erkundigungen eingezogen. Das Polizeipräsidium hat auf telephonische Anfrage mitgeteilt, daß die Verhaftung als Eisenbahnervermittlung angemeldet gewesen sei. Ueber die Gründe der Verhaftung war nichts zu erfahren. Es wurde gesagt, daß noch eine Reihe von Hausdurchsuchungen stattgefunden und daß beschlagnahmte Material erst achtet werden müsse. Bis zu diesem Zeitpunkt habe das Bezirkskommando angeordnet, auch den Abgeordneten Renner noch in Haft zu behalten. Die Regierung habe einen Tafelbescheid erhalten.

Innenminister Müller erklärt, daß er diesen Bericht vor fünf Minuten erhalten habe und noch nicht wisse, was er enthält.

Auf Antrag des Abg. Beutler (D.N.) wird nach anfänglichem Widerstand der Kommunisten beschlossen, auf die Angelegenheit am Schluß der heutigen Sitzung zurückzukommen.

Der Landtag beschäftigt sich dann mit einigen Anträgen auf Straßerfolgungen von Abgeordneten.

Es handelt sich hierbei um die Kommunisten Stewert, Schreier und Böttcher. Gemäß dem Antrage des Reichsausschusses wird die Genehmigung zur Straßerfolgung abgelehnt, auch in dem Falle Böttcher, wo als Delikt die Vorbereitung zu einem schwerverbrecherischen Unternehmen in Frage kommt. Die Beschlüsse werden teils gegen die Stimmen der Bürgerlichen gefaßt.

Der Landtag beschließt sodann gegen die Stimmen der Kommunisten, die Genehmigung zur Einleitung eines **Denkmalverfahrens gegen den Abg. Arzt** zu erteilen.

Auf Antrag der Haushaltskommission A und B wird beschlossen, der Regierung zu den mit Vorlage 30 vorgelegten **Rechnungsbücher über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1921** Entlastung gemäß Artikel 48, 1 der Verfassung zu erteilen.

Der Landtag wendet sich nun der Erledigung von **Kapiteln des Nachtragsset**

zu. Nach den Anträgen der Haushaltskommission werden u. a. verabschiedet die Kapitel **Gendarmereikanstalt, Kriminalpolizei, Landespolizei, Polizeiamt**. Wegen der Aufwertung der Anteile der Gemeinden am Polizeiaufwand bezieht der Landtag, die Regierung zu veranlassen, deswegen nochmals mit den Gemeinden zu verhandeln. Sollten diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so erwartet der Landtag die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs.

Die den Ausnahmezustand betreffenden Angelegenheiten werden gemeinsam behandelt. Zunächst begründet Abg. Beutler (D.N.) den **deutschnationalen**

Misstrauensantrag gegen die Regierung.

Der Redner wendet sich zunächst dagegen, daß der Antrag nicht schon auf die Tagesordnung der letzten Sitzung gestellt worden ist. Als feindselig hat der Misstrauensantrag gegen die Regierung eingeleitet, hat Präsident Winkler anders gehandelt, und der Antrag ist in der nächsten Sitzung beraten worden, wie es die Verfassung vorschreibt. Der Misstrauensantrag ist das Kernstück der heutigen Aussprache über den Ausnahmezustand. Wie die sächsische Regierung über den Ausnahmezustand denkt, blieb bis heute ein Geheimnis. Ich hoffe, daß dieses Geheimnis nun gelüftet wird. Wir stellen fest:

Die sächsische Regierung hat nicht getan, um für Sachsen den Ausnahmezustand über den 1. März hinaus aufrecht zu erhalten. Das wäre Pflicht der Regierung gewesen. Die Zustände sind in Sachsen nicht so, daß man auf eine Aus-

hebung zukommen kann. Wenn heute darüber, ob der Ausnahmezustand aufgehoben werden soll oder nicht, im sächsischen Volks eine Abstimmung stattfände — nicht im Parlament, denn das spiegelt den politischen Willen des Volkes nicht mehr klar wider —, dann würde eine große Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes aussprechen. (Unruhe links.) Die Mehrheit des sächsischen Volkes glaubt nicht, daß es richtig sei, die Maßnahmen zum Schutze der Ordnung und Sicherheit tragend abzuweichen, und glaubt nicht, daß der Innenminister Müller derartige Mann ist, dem man den Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anvertrauen kann. Der General Müller ist uns lieber, als der Herr Max Müller. Der Ausnahmezustand ist nicht Angriff, sondern Abwehr. Die Störung der öffentlichen Ordnung geht von den Herren Kommunisten aus. Für sie ist der Ausnahmezustand natürlich unannehmlich. Wollen Sie behaupten, die heutigen Zustände, insbesondere in Sachsen, seien so, daß Ruhe und Ordnung nicht gefährdet sind? Das glaubt kein Mensch, am allerwenigsten die Herren von ganz links. Sie wissen das Gegenteil. Ich brauche nur darauf zu verweisen, was die Herren Kommunisten immer wieder über ihre Absichten mit leichter Junge verorten. Herr Böttcher stellt sich als der zukünftige kleine Lenin von Sachsen. (Beifall.) Solange Sowjetrußland den Kommunisten Gold schickt, ist diese Gefahr nicht beseitigt. Wenn die Abwehr durch Aufhebung des Ausnahmezustandes zerfällt, wird, so würde ein Erfolg der Kommunisten wahrnehmbar sein. Schon eine kommunistische Herrschaft von wenigen Tagen — länger würde sie nicht dauern — würde große Unruhe ins Land bringen. Bei der Sozialdemokratie kommen für ihre Stellung gegen den Ausnahmezustand politische Gründe in Frage, weil man vor den Reichstagswahlen und hoffentlich auch vor den Landtagswahlen steht. Man will den Kommunisten nicht gern eine Wahlparole in die Hand spielen. Die Tage für die Deutsche Volkspartei ist unangenehm. Würde sich die Partei auf die Seite der Gegner der Aufhebung stellen, so würde die Koalition auseinanderklappen. Eine Regierung, die sich nicht für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes einsetzt, verdient das Misstrauen des sächsischen Landtages und des sächsischen Volkes.

Auf wiederholte Zurufe erhebt der Redner Einspruch dagegen, daß die Leute, die in München auf der Anklagebank sitzen, mit den Dynamitattentätern im Erzbegriffe auf eine Stufe gestellt werden. Diese Leute haben aus idealen Gründen gehandelt. Die Wege, die sie eingeschlagen haben, sind aber nicht unsere Wege. Wir haben Geduld. Die Zeit arbeitet für uns. Wir werden ohne Bürgerkrieg und Blutvergießen unser Ziel erreichen.

Präsident Winkler rügt den Form, der während der Rede Beutlers besonders auf den Rücken der Kommunisten geherrscht hat, und erwidert dem Abgeordneten Beutler, daß er bei der Einbringung des Misstrauensantrags gegen Lipinski genau so gehandelt habe wie gegen Artig.

Abg. Böttcher (Komm.) begründet den Antrag seiner Partei, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes zu beantragen. Vor ziemlich kurzem wurde durch Böttcher aus: Der Ausnahmezustand soll zum Dauerzustand erhoben werden. Er hat die allgemeine Not nicht zu mildern vermocht, sondern hat im Gegenteil Not und Elend vergrößert. Die Reaktion ist in Sachsen auf dem besten Vormarsch. Der Hitler-Forsch hat die Pläne der Hochverräter enthüllt. Der Redner wendet sich dann gegen die Regierung. Der Arbeitsminister ist der Schuldige der Unternehmung. Der Justizminister verfolgt die Institutionen von Dr. Pelze. Wir haben in Sachsen die nackte und brutale Klassenjustiz Schutze des Büchereis und Unternehmertums, ärgerliche Bedrückung der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ist in sich gespalten. Der linke Flügel muß sich hüten, daß er nicht von den Rechtssozialisten hinausgeworfen wird. (Zuruf des Abg. Viehmann: Das ist alles schon gesagt worden. Abg. Dr. Beigel: Er kann nicht von der Walze herunter.)

Abg. Viehmann (Soz.) gibt die Begründung eines Antrags der sozialdemokratischen Minderheit, durch den die Regierung beauftragt werden soll, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den Eingaben aus Sachsen, die die Verhängung des Ausnahmezustandes bezwecken, nicht Folge gegeben, sondern daß der Ausnahmezustand auch für Sachsen ohne Einschränkung sofort beseitigt wird. Der Ausnahmezustand soll Ruhe und Ordnung im Sinne der kapitalistischen Bedeutung aufrechterhalten. Er ist ein Instrument zur Niederschneidung der Widerstände gegen die kapitalistische Unterdrückung. Die Dynamitanschläge, die den Ausnahmezustand rechtfertigen sollen, sind von Spitzeln und Provokatoren eingeführt worden. (Widerspruch.) Der Ausnahmezustand ist verfassungswidrig und rechtsverleidend. General Müller hat sich Verfassungswidrigkeiten und strafbarer Handlungen schuldig gemacht. Die Uebergriffe der Reichswehr sind unerhört. Der Ausnahmezustand ist die Durchführung der Diktatur im Reiche und die Abfertigung der Arbeiterklasse alle Väter aufzubringen.

Ich bedaure, daß der Ministerpräsident in der letzten Sitzung eine ausweichende Antwort gegeben hat. Wir verlangen daß er klipp und klar erklärt: Der Ausnahmezustand muß im Interesse der breiten Massen aufgehoben werden. Die gegenwärtige Regierung hat nicht unter Vertrauen, aber wir sind nicht so töricht, einem aus einem so hochreaktionären Anlaß hervorgehenden Antrag Vorschub zu leisten. Deshalb werden wir uns bei dem deutschnationalen Misstrauensantrag der Abstimmung enthalten. (Rufe: Ab!)

Abg. Beigel (D. Sp.) begründet sodann drei Anträge seiner Partei. Die erste Anfrage wendet sich gegen das gewaltsame Einbringen in das Haus der Freimaurerloge in Aue, wo der Kattellan und zwei Mitglieder der Loge von den Kommunisten in der gemeinlichen Weise beschimpft und mißhandelt worden sind. Die beiden anderen Anfragen beschäftigen sich mit den Dynamitanschlägen in Hohenstein-Ernstthal und den Terrorakten im Industrieregion Aue — Schwarzenberg. Es würde die dortige Bevölkerung beruhigen, wenn die Regierung die Aufklärung gebe, daß die Gegend dauernd mit Schutzpolizei besetzt würde.

Ministerpräsident selbst:

In keinem Lande ist die Frage der Aufhebung oder Befestigung des Ausnahmezustandes so lebhaft erörtert worden, als in Sachsen. Der militärische Ausnahmezustand ist vom Reich verhängt worden. Die Länder wurden nicht gefragt. Die Zuständigkeit dieser Frage gehört vor den Reichstag. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr falsch!) Deshalb ist es auch nicht richtig, zu behaupten, daß die sächsische Regierung einer Stellungnahme ausweiche. Der Abg. Beutler hat die Sache humoristisch behandelt. Dazu ist sie aber zu ernst. Die Abgeordneten Böttcher und Viehmann haben ihre Anträge gegen den Ausnahmezustand zum Deckmantel für alles Mögliche benützt. Die von Viehmann berührten Dinge haben sich zugezogen, als er Minister des Innern war. Das hat er wohl verzeihen. (Große Unruhe links.) Während meiner Ministerpräsidentschaft haben sich solche Fälle nicht ereignet. General Müller hat der gegenwärtigen Regierung erklärt, daß er alles tun werde, den Ausnahmezustand so unrichtig wie möglich zu machen und nur dann einzugreifen, wenn die Verhältnisse dazu zwingen. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit, wenn ich hier in aller Offenheit erkläre, daß der Leiter des Bezirkskommandos diese Aufklärung gehalten hat. Die Stellung der Regierung zum Ausnahmezustand ist in der Regierung-

Die **morgen**
In unserer Gesamt-Ausgabe enthaltene **Sonderbeilage**
müssen Sie unbedingt **beachten!**
Sie genießen danach eine bedeutende **Ermäßigung**
auf die Kassenpreise **im Central-Theater.**
Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß diese Vergünstigung **nur 1.-15. März**
Gültigkeit hat, eine **weltere Ausgabe**
der Gutscheine im Monat März **erfolgt nicht.**

Stenotyp.-u. Handelskurse
Tages- u. Abendklassen. Sondergruppe für Herren u. Damen m. höherer Schulbildung. Aush. u. Prop. frei
Rackow, Altmärkt 15 Gef. 171.7

Der Sohn des Himmels im goldenen Käfig.

Der gefangene Kaiser von China.

Es ist für den Fremden vollständig unmöglich, Sionen Tzung, den entthronten siebentzigjährigen Kaiser von China, den letzten der „Söhne des Himmels“, von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Auch Arnaldo Cipolla, der Sonderberichterstatter der „Stampa“ im Fernen Osten, mußte sich, nachdem er sich vier Wochen lang bemüht hatte, auf Grund seiner guten Beziehungen zu den Hofkreisen in Peking beim Kaiser einzuführen zu werden, von der Unmöglichkeit weiterer Schritte überzeugen, und er gab den Versuch um so eher auf, als nach der Versicherung des Intells des Kaisers, Tsal Tsal, die Erfüllung seines Wunsches für den jungen Kaiser selbst verhängnisvolle Folgen hätte haben können, da die argwöhnliche republikanische Regierung auch die harmlose Bemerkung des Intellkaiserers dem Kaiser gegenüber als hochverräterische Handlung auslegte und dementsprechend gehandelt haben würde. Fremde hat der Kaiser in der Tat bisher noch nie empfangen. Die einzigen, die die Regel bis zu einem bestimmten Grade durchbrochen hatten, waren kein englischer Lehrer Johnston, ein deutscher Arzt, der ihn eine Zeitlang behandelte, und die diplomatischen Vertreter Amerikas, Japans und der europäischen Staaten in Peking, die im Verein mit dem Prinzen Palmon von Savonen, Herzog von Spoleto, der Hochzeit des Kaisers beigewohnt hatten. Aber selbst die Gesandten haben bei der Gelegenheit so wenig wie der Sohn des Herzogs von Kofa auch nur ein einziges Wort mit Sionen Tzung gewechselt. Man hatte sogar im diplomatischen Korps eingehend die Frage erörtert, ob man von der Hochzeit des Kaisers mit einer Wandschu-Prinzessin überhaupt Notiz nehmen sollte. Die Frage war durch die Verhältnisse geboten; denn wenn auch China offiziell eine Republik, freilich ohne Präsidenten und ohne eigentliche Regierungsgewalt ist, so ist es nicht minder wahr, daß nach dem von der Republik erlassenen und von Sionen Tzung eigenhändig unterzeichneten Dekret dem Kaiser die Ehren eines Souveräns belassen wurden. Die Unterwürigkeit unter dem Dekret, die der damals fünfjährige Kaiser leistete, war im übrigen dadurch aufgehoben, daß die Kaiserin-Regentin dem kaiserlichen Anke die Hand geführt hatte.

Seit zwölf Jahren ist der Kaiser ein Gefangener. Er hat in dem goldenen Käfig keine Anndheit, keine Jugend verlebt, und er wird hier wohl bis zu seinem Tode bleiben. Seit sechs Monaten teilt seine junge Frau das Gefängnis mit ihm. Prinzessin Dan, die in ihrer Jugend Kaiserin war, ist

Kaiserin-Mutter war, und die auch heute die Repräsentationspflichten bei Hofe ausübt, erzählt, daß die junge Kaiserin ihr zum Verwechseln ähnlich sehe. Danach muß sie sehr hübsch sein; denn Prinzessin Dan, ebenfalls eine Wandschu, ist trotz ihrer vierzig Jahre noch immer eine schöne Frau, und da sie überließ ihrer Weisheit und Kultur nach vollständig weithin orientiert ist, so ist sie die einzige Chinesin, mit der man sich wie mit einer Europäerin unterhalten kann. Das Leben der Prinzessin Dan ist ein wahrer Roman. Die große Kaiserin Tsch-Si, die chinesische Katharina II., hatte sie so liebgehabt, daß sie sie zu ihrer Erbin machte. Wie Prinzessin Dan versichert, war die in Europa so arg verachtete Kaiserin-Regentin fast wie eine Taube, und an ihrem Hof führte man ein geradezu höfliches Leben. Man ging um acht Uhr schlafen und stand um fünf Uhr morgens auf. In stiller Beziehung war man so streng, daß selbst einem Anaben über sieben Jahre der Eintritt in den Harem verboten war. Dann brach plötzlich ein Skandal aus, in dem sich Prinzessin Dan verwickelt sah. Es handelte sich um eine Unterschlagung, durch die die Kaiserin um 200 000 Dollar geschädigt worden war. Wenn die in die Affäre verwickelte Osdame nicht rückerstimmte, ihr junges Leben unter den Potos-Wäldern im Palastreich erlöst zu sehen, mußte sie sich schleunigst aus dem Staube machen. Sie floh denn auch in der Verkleidung eines europäischen Matrosen, verschwand von der Bildfläche und wurde die Gattin eines Mannes, der dem Kaiser nach ihr Vater hätte sein können. Inzwischen hatte sich ihre Unschuld herausgestellt; die Kaiserin, die sich überzeugt hatte, daß ihre Osdame nur das willenlose Werkzeug in den Händen von Intriganten gemein war, verzichtete auf und gab ihr überdies den General Dan, den schönsten Offizier der kaiserlichen Leibgarde, zum Mann, nachdem sie ihre Scheidung von dem ersten Gatten ausgesprochen hatte. Prinzessin Dan wollte bis zum letzten Atemzug am Krankenbett der Kaiserin Tsch-Si.

Die Prinzessin, so erzählt Cipolla, schilderte mit aller Ausführlichkeit die Einzelheiten, die mit dem Sturz der Dynastie und des kleinen Kaisers zusammenhängen. Er war so klein, daß man ihm bei der Krönung eine Krone unter die Kräfte stellen mußte, damit er nicht vom Thron falle. In dieser unannehmen Lage befand er sich am 31. Dezember 1911, an dem Tage, an dem Yuan Shikai Präsident wurde, nachdem er vor dem kleinen entthronten Sohn des Himmels auf den Knien gelogen und perfröht Ströme von Tränen vergossen hatte. Vier Wochen vorher hatte der Kaiser jene famose, von der Kaiserin Tsch-Si diktierte Proklamationsurkunde erlassen, die ein förmliches Abdankungsgesuch enthielt, dessen sich der Kaiser nicht

schuldig gemacht hatte. Ich habe,“ beichtet hier das Kind, „ausreichlich politische wichtige Stellenungen den Kaiser übertragen, habe zwölf Eisenbahnen bauen lassen, wodurch ich die Gänge und die Kaufleute der großen Meerstrassen Chinas aufgrund gerichtet habe. Ich habe es zugelassen, daß das Volk schamlos ausgeplündert wurde; das Unglück bricht herein, aber ich kann es nicht beschwören; denn die Götter der neuen lebigen Kaiser wollen meine Obergabe nicht mehr annehmen.“ Ich bin ein kleines Kind und stehe an der Spitze Chinas, und heute will eine Verschwörung den Thron meiner Mütter kürzen. Ich unterwerfe mich dem Unheil, das ich über China gebracht habe; aber ich habe das Vertrauen zu der Gilt des Volkes, daß es das ewige Reich retten wird.“

Armer, kleiner, gefangener Kaiser! Heute lebt er ausschließlich von dem Erlös des Verkaufes der Kunstegegenstände und der Werte, die ihm geblieben sind. Aus Sparhamtsgründen hat er auch die 70 Gemmen seines Harems entlassen. In Wahrheit braucht er auch ihre Dienste nicht mehr, nachdem er sich bei der Wahl zwischen der Frau und der Konkubine, die man ihm am Hochzeitstag der Elite gemäß zuführte, für die rechtmäßige Gattin entschieden hat. Im übrigen geht es im Palast drunter und drüber. Die Dinerischekeit reicht alles, was nicht nötig und ungeliebt ist und verkauft den Touristen selbst die Majestätstiegel von den Dächern der Paläste. Die Plünderung wurde so schamlos betrieben, daß die Regierung schließlich einen Untersuchungsanspruch einsetzte. Aber an dem Tage, als er zusammentrat, brach im kaiserlichen Palast ein Brand aus, der von jenen angelegt war, die alle Ursache hatten, die Arbeit des Untersuchungsanspruches zum Scherzen zu bringen. Wenn die Matrosen der italienischen Gefangenschaft nicht mit ihren Spritzen zur Stelle gewesen wären, wäre der Palast wie eine Streichholzschachtel in Flammen aufgegangen. Wie schon erwähnt, ist der Kaiser in großer Geldnot. Die Republik hat ihm nicht einen roten Heller von den fünf Millionen Taels gewährt, die ihm als Jahrespönone ausgehört worden waren. Damit noch nicht genug, hat sie auch neun Fünftel der alten kaiserlichen Residenzen in der Verbrotene Stadt beschlagnahmt. Die Besucher, die über die von hohem Rang bedeckten zickigen Hofe schreiten, gelangen von dem Palast der Erhaltung des Friedens „zu dem der „Blühenden Literatur“ und dem anderen der „Perfekten Miltz“, um dann über den Saal der „Tiefen Wissenschaft“ an eine hohe rotgeputzte Mauer zu gelangen, die ihrer Wandern ein Ziel setzt. Es ist der Saal des goldenen Gefängnisses und hier das darin beständige Kaiserpaar das Ende der Welt.

erklärung sehr deutlich ausgedrückt. Darin wurde gesagt, daß wir dahin streben würden, unsere volle Handlungsfreiheit wieder zu erlangen. Die Wählerparolen haben feinergerade auch keine Veranlassung genommen, diesen Satz zum Gegenstand ihrer Kritik zu machen. Die sächsische Regierung ist gewiß, alle finanziellen Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um unter allen Umständen die Ruhe und Ordnung zu sichern, die notwendig ist, unser Wirtschaftsleben zu konsolidieren. (Wapow.) Die Reichsregierung hat uns zugesichert, daß Sachsisches hinsichtlich des Ausnahmezustandes genau so behandelt wird als andere Teile des Reiches. Gegenüber den Behauptungen Wüthlers, daß Rot und Glend seit der Verkündung des Ausnahmezustandes größer geworden seien, erklärt der Ministerpräsident: Nach amtlichen Feststellungen beschreitet das Wirtschaftsleben in Sachsen wieder eine aufwärtsstrebende Kurve. Die Arbeitslosigkeit hat abgenommen. Ich richte an die Gesamtbevölkerung die Bitte, die sächsische Regierung in ihrem Bestreben auf Konsolidierung des Wirtschaftslebens zu unterstützen. Treit an die Regierung die Notwendigkeit heran, ihre Beamten gegen Unruhe einzusetzen, so wird sie sie unter allen Umständen bedenken. (Wapow.)

Hierauf gibt der Ministerpräsident den Inhalt der auf der ersten Seite des Blattes abgedruckten Verordnung des Reichspräsidenten über die

Aufhebung des Ausnahmezustandes

bekannt. Innenminister Müller erklärt ebenfalls, daß die Regierung bereit sei, gegen verbrecherische Akte einzuschreiten. Verletzungen seien getroffen.

Abg. Kania (D.) wendet sich gegen die Terrorakte der Kommunisten. Die verbreiteten proletarischen Gunderschichten bestehen weiter. Sie haben sogar ein Mitteilungsblatt: „Der Rotkämpfer“. Darin ist auch von militärischen Übungen die Rede. In einem Artikel über die K. P. D. sagt dieses Blatt: So hat die K. P. D. auch die Verantwortung für alle kommenden Kämpfe. Aus dem Fraktionszimmer der kommunistischen Partei im Landtag werden alle diese Sachen verstreut in Briefumschlägen mit dem Aufdruck: Landtag des Freistaates Sachsen. Die sächsische Regierung hätte die Möglichkeit gehabt, diese Dinge in sich selbst aufzunehmen. Wir haben mit unserem Mißtrauensantrag durchaus recht. Es ist anzuerkennen, daß der Ministerpräsident harte Worte gebraucht hat. Aber die Worte, die wir hören wollten, hat er nicht gebraucht. Wir wollten folgendes hören: Die sächsische Regierung glaubt nicht, daß sie mit ihren Machtmitteln auskommt. Sie braucht noch eine Unterstützung. Wenn die Kommunisten am 1. März aus der Schuldhaft entlassen werden, dann habe ich unsern Sachverhalt.

Abg. Dr. Senfner (Dem.) ist bei der großen Unruhe des Hauses unruhig schwer verständlich. Der Redner verteidigt die Koalition. Die Deutschnationalen sollten sich hüten, die Koalition zu gefährden. Was danach kommt, ist ganz unklar. Es kann Schlimmes sein. (Lärm des Abg. Reuter; Reumachen.) Die Reden Wüthlers und Wüthlers haben sich vollständig auf, daß die Koalition wahrheitsgemäß auf dem richtigen Wege ist. Wüthler gefährlich als die kommunistische Bewegung ist, die in Wänden nicht. Wir werden jeden Versuch, den Verfassungskonflikt anzuzetteln, ablehnen. Es ist durchaus verfehlt, daß Liebmann Dinge ausspricht, die mit der heutigen Regierung nichts zu tun haben. Er will der neuen Regierung nur Schwierigkeiten machen. Wir wissen, daß der Ausnahmezustand Schattenseiten und Mißbräuche mit sich gebracht hat. Aber wir haben und leidet nicht darunter. Wir haben schwere Bedenken gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Jetzt, wo er aufgehoben wird, auf die Rechtswehre einzuschlagen, ist zwecklos. Im Gegenteil müssen wir der Reichsregierung dankbar sein. Es muß nun mit den staatlichen Machtmitteln versucht werden, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Auf die Erklärung der Regierung legen wir das größte Gewicht. Wir nehmen daraus die beruhigende Gewissheit, daß wir dem doch zustimmen können, was sehr zu wünschen ist. Die Deutschnationalen treiben ein gewisses Spiel. Der Antrag ist schlecht motiviert. Er kommt in einem Augenblick, wo das Volk wieder Vertrauen zur Regierung gewinnen soll. Es muß einmal Schluss gemacht werden mit den ewigen politischen Debatten. Die Annahme des Mißtrauensantrags müßte man tief bedauern.

Abg. Ziemert (Komm.): Wir sind von der Erklärung des Ministerpräsidenten nicht befriedigt. Er ist mit seinem Worte auf die Ausbreitungen des kapitalistischen Föbels eingegangen. Der Ausnahmezustand ist einseitig gegen die Arbeiter angewandt worden. Der Redner bezieht dann in großer Breite die Tonart und Bombenanschläge im Erzgebirge und nennt sie bei großer Unruhe des Hauses eine verbreitete Abschirmmaßnahme der Arbeiter gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus. (Präsident Wüthler macht dem Abg. Ziemert darauf aufmerksam, daß er die in der neuen Geschäftsordnung vorgesehene Redezeit von einer Stunde weit überschritten habe.) Der Redner erklärt schließlich, daß seine Fraktion dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen zustimmen werde. Man müsse mit allen Mitteln gegen die Koalitionsregierung ankämpfen.

Abg. Blüher (D. V.): Meine politischen Freunde sind immer der Ansicht gewesen, daß der militärische Ausnahmezustand nicht von ewiger Dauer sein kann. Je länger er dauert, desto mehr verflacht er und ebbt in seiner Wirkung ab. Trotzdem waren wir der Meinung,

daß die restlose Aufhebung am 1. März verfehlt ist, namentlich infolge der Taten der Kommunisten. Von Wostan ist den sächsischen Kommunisten sehr mitgeteilt worden, daß ihnen die Helber entzogen würden, wenn sie nicht aktiver seien. (Lärm von den Kommunisten: Wo haben Sie das her?) Es gibt Fankprüche, die aufgeflogen werden. Wir haben uns aber nun mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes durch das Reichskabinett abgefunden. Er hat, solange er besteht, eine ganze Reihe von Erfolgen gesiegt. Das muß man dankbar anerkennen. (Widerpruch links.) An die Stelle des militärischen Ausnahmezustandes tritt in diesem Umfang ein ziviler Ausnahmezustand. Das Schwergewicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung liegt jetzt bei der sächsischen Regierung. Es kann nur das eine geben: Unterstützung der Regierung in ihrer schweren Aufgabe. Der deutschnationale Mißtrauensantrag ist aber alles andere als Unterstützung. Wir haben Vertrauen zu der Zuverlässigkeit und Tatkraft des Ministerpräsidenten.

Ausschluss von zwei Abgeordneten — Abbruch der Sitzung.

Den Schlussworten der Antragsteller folgen dann noch einige persönliche Bemerkungen. Abg. Lethke (Soz.) wendet sich scharf gegen die Kommunisten und dann gegen die sozialistische Minderheit, deren Verhandlungsversuch nicht ernst gemeint ist. Dies ruft wieder Entgegnungen hervor. Abg. Wüthler (Komm.) geht über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinaus. Es erübrigt sich, die Schlussurteile, Präsident Wüthler entzieht dem Abg. Wüthler das Wort. Auch der Abg. Schneider (Komm.), der sich bei seinen persönlichen Bemerkungen ebenfalls nicht an die Geschäftsordnung hält, entwertungen ebenfalls nicht an die Geschäftsordnung hält, geht knapp der Wortentscheidung. Es herrscht auf der äußersten linken andauernd harter Lärm. Abg. Erödi tut sich hierbei durch fortwährende ungeschickte Jurke hervor. Präsident Wüthler verwahrt sich und verliert die neue Geschäftsordnung, nach der ein Abgeordneter wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses von der Sitzung ausgeschlossen werden kann. Da die Verwarnung keinen Erfolg hat, erklärt der Präsident: Herr Abg. Erödi, ich schließe Sie hiermit von der Sitzung aus. Folgender Lärm bei den Kommunisten, an dem sich auch Abgeordnete der sozialdemokratischen Minderheit beteiligen. Klappen mit den Pultdecken. Da Erödi seinen Platz nicht verläßt,

unterbricht der Präsident die Sitzung. Ein Besucher der öffentlichen Tribune, der dem Präsidenten zuzuhören suchte, wird von den Bedienten aus dem Saal entfernt. Es bilden sich Gruppen von Abgeordneten, die erregt debattieren. Nach 10 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Erödi wird vom Präsidenten nochmals angefordert, den Saal zu verlassen. Das geschieht. Abg. Graupe von der sozialdemokratischen Minderheit bezeichnet das Vorgehen des Präsidenten als überflüssig und sagt, als Graupe widerspricht, die große Strenge in Tätigkeit. Dann schlägt der Präsident unter großem Lärm vor, die heutige Sitzung abzubrechen. Ein Kommunist nennt das Verhalten des Präsidenten skandalös. Seine weiteren Worte werden vom Präsidenten wieder durch die Strenge unverständlich gemacht. Abg. Ripfel (Komm.) ruft, nachdem die Strenge abgestellt ist: Freund, treib's nicht auf die Spitze... (Die nächsten Worte sind unverständlich.) Ein Kommunist nimmt von den Regierungsschiffen eine böhrerische Federkiste und wirft sie nach dem Präsidenten. Dieser erklärt die Sitzung auf eine Viertelstunde für unterbrochen. Der Rednerausbruch stellt sich zur Beratung an.

Die Armen frieren und hungern. Darum laßt nicht nach im Opfern! Sammlung Kohlen- und Kleiderhilfen! Annahmestellen bei allen Banken u. bei unserer Hauptgeschäftsstelle.

Saal entfernt. Es bilden sich Gruppen von Abgeordneten, die erregt debattieren.

Nach 10 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Erödi wird vom Präsidenten nochmals angefordert, den Saal zu verlassen. Das geschieht. Abg. Graupe von der sozialdemokratischen Minderheit bezeichnet das Vorgehen des Präsidenten als überflüssig und sagt, als Graupe widerspricht, die große Strenge in Tätigkeit. Dann schlägt der Präsident unter großem Lärm vor, die heutige Sitzung abzubrechen. Ein Kommunist nennt das Verhalten des Präsidenten skandalös. Seine weiteren Worte werden vom Präsidenten wieder durch die Strenge unverständlich gemacht. Abg. Ripfel (Komm.) ruft, nachdem die Strenge abgestellt ist: Freund, treib's nicht auf die Spitze... (Die nächsten Worte sind unverständlich.) Ein Kommunist nimmt von den Regierungsschiffen eine böhrerische Federkiste und wirft sie nach dem Präsidenten. Dieser erklärt die Sitzung auf eine Viertelstunde für unterbrochen. Der Rednerausbruch stellt sich zur Beratung an.

Nach 10 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Wüthler teilt mit, daß er den Abg. Ripfel (Komm.) infolge seines Verhaltens von der Sitzung ausgeschlossen habe. Nach mehr erfolgt die

Abstimmung über den Mißtrauensantrag.

Dieser wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten unter Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Minderheit abgelehnt.

Wegen des Mißtrauens der Kommunisten, die den Antrag auf einstweilige Entlassung des Abg. Renner noch verhandelt wissen wollen, wird die Sitzung darauf um 10 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 6. März, nachmittags 1 Uhr.

Aus den Landtags-Ausschüssen.

Der Reichsantrag über die Änderung des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken. Die Regierung fasste zu, einen entsprechenden Gesetzentwurf demnächst vorzulegen. Ein Antrag des Reichstages Dr. Pöhlmann, der für den Gesetzentwurf mehrere Mißstände enthält, wurde der Regierung als Material überwiesen. Der deutschnationale Antrag auf Aufhebung einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Kohlen der Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die Entschädigung der nicht-gewerblichen Schladungen und bei Viehverlusten durch Seuchen in werblichem Maße wurde abgelehnt, während sich der Antrag betreffend Aufhebung der bei Schlachtweg festgesetzten Spanne zwischen Stall- und Marktpreis durch Rücknahme erledigte. Ueber den Antrag auf Herabsetzung der Jahressteuer für die landwirtschaftlichen Quatere wurde lange debattiert, die Entschädigung aber ausdrücklich nach dem die Regierung erklärt hatte, daß sie voranschicklich in nächster Zeit ein Abänderungsgesetz vorlegen werde. Ueber den Antrag auf Aufhebung der Landespreisprämien für die landwirtschaftlichen Quatere wurde ein Antrag gestellt, der die Entschädigung der Quatere abzuheben, aber die Regierung zu eruchen, eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Reorganisation der Preisprüfungsstellen und eine Vereinfachung des Verwaltungswesens herbeizuführen.

Am Präsenzausschuss wurden die Einreden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugendbünde Sächsischer Reichstages bezugnehmend der Ausführungsbestimmungen des Reichstagesendwirtschafsausschusses und des Landesverbandes der Christlichen Elternvereine Sächsisch betreffend der Abschaffung des Bedarfs an Lehrern für christliche und weltliche Schulen der Regierung als Material überwiesen.

Verlässliches und Sächsisches.

Die Umgestaltung der Wohlfahrtspolizei.

Der Verband sächsischer Polizeibeamten, Ortsgruppe Dresden II Wohlfahrtspolizei, hielt eine sehr stark besuchte Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu der geplanten Umgestaltung der Wohlfahrtspolizei und den Maßnahmen des Rates. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Lehmann eröffnete die Versammlung. Das Referat gab der Verbandsvorsitzende Stadverordneter Wöhlke. Er schilderte die Absichten des Rates in der Richtung auf den Abbau des Beamtensorgers. Diese zielten dahin, den Wirkungsbereich und die Zahl der Beamten einzuschränken. Die Wohlfahrtspolizeibeamten hätten vorgeschlagen, die Wohlfahrtspolizeibezirke mit den Sicherheitspolizeibezirken zusammenzulegen. Dazu habe sich der Rat aber nicht entschließen können. Er beschloß vielmehr, einzelne Wohlfahrtspolizeibezirke aufzugeben. Dem hände entgegen, daß die Tätigkeit der Wohlfahrtspolizei sich nicht verringert habe oder verringert worden wäre; im Gegenteil, sie wachse immer mehr. Denn es sei ja so: wenn man bei einem Ding nicht wisse, was man damit machen solle, so gebe man das Ding der Wohlfahrtspolizei. Der Redner schilderte den riesigen Umfang der Wohlfahrtspolizei, der sich in ihren Meldungen ausdrücke. Die Arbeitsleistung umfasse weit mehr als acht Stunden am Tage. Die Wohlfahrtspolizei verlange, daß sie durch Auffüllung der Verstellen in die Lage versetzt werde, ihre Pflichten zu erfüllen. — Das Verbandsmitglied Schneider besagte den Inhalt dieser Ausführungen mit einzelnen Beispielen. Er sei zwölf Stunden habe der Wohlfahrtspolizei zu arbeiten. Es sei ihm, der gewissermaßen „das Aushalten der Straße“ sei, gelungen, die Nebenarbeit der Fürsorge für die Erwerbslosen in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit zu leisten. — Verbandsmitglied Wöhlke schilderte die Zustände, die entstehen müßten, wenn Wohlfahrtswachen zusammengelegt würden. Es sei nicht anzunehmen, alle Leute, die einen Weg zur Wohlfahrtswache machen müßten, dreiviertel Stunden gehen zu lassen, Wüter, die zu Hause ihre Kinder allein lassen müßten, Stundenlang vom Hause ferngehalten. — Der Vorsitzende des Deutschen Polizeibeamtenbundes Küttner erklärte, es sei nicht richtig, die Beamtenfragen in den Vordergrund zu stellen; es gälte, die richtige Organisationsform zu finden. Es sei gesagt worden, daß die Wohlfahrtspolizei auf den Abbau der Wohlfahrtspolizei gedrängt habe. Das sei insofern nicht richtig, als die anregende Stelle dafür das Ministerium sei. Die Kriminalpolizei habe nur auf Verminderung der Exekutivstellen, nicht der Zahl der Beamten gedrängt. Die gegenwärtige Organisation habe das ehrenwürdige Alter von 71 Jahren; sie komme aus dem Jahre 1888. Der Deutsche Polizeibeamtenbund wolle die gesamte Polizei unter eine einheitliche Organisation bringen. In Preußen sei die gesamte Polizeiorganisation einheitlich; in Sachsen sei die Wohlfahrtspolizei nicht einheitlich. Eine Angleichung an die Leipziger Wohlfahrtspolizei sei nicht möglich, denn dort lasse sich auch nicht alles durchführen, was der Wohlfahrtspolizei aufgelegt sei. Namentlich sei die Einführung einer einheitlichen Wohlfahrtspolizei in den sächsischen Städten. Damit müsse eine Klarstellung über das Arbeitsgebiet der Wohlfahrtspolizei verbunden sein. Dann sei auch die Zusammenlegung mit der Sicherheitspolizei möglich. — Stadtrat Wöhlke führte aus, der Rat lege auf dem Standpunkt, daß der Polizeicharakter und der Bezirkswartungscharakter der Wohlfahrtspolizei nicht zu trennen sei. Nach seiner Meinung sei es möglich, durch Zusammenlegung von beiden Beamten zu sparen. Leipzig brauche viel weniger Beamte, weil es das reichere Wohlfahrtsgebiet habe. Das

Beamtensabbau in der Wohlfahrtspolizei sei bisher keine Rede, aber eine andere Organisation ermöglige in der Tat die Verminderung der Poststellen. — Stadterordneter Dr. Helm verbreitete sich über die Überbelegung der Polizeistellen, die die Wohlfahrtspolizei überlastete. Im übrigen hielt er eine lange kommunistische Programmrede. — Eine Entschließung sah die Beschwerden des Hauptredners zusammen.

Die Dresdner Straßenbeleuchtung im Wandel der Zeiten.

Ein Vortrag im Gewerbeverein.

Am Mittwoch hielt Stadtbaurat Wenzel einen fesselnden Lichtbildervortrag über die Dresdner Straßenbeleuchtung im Wandel der Zeiten. Bis in das Mittelalter hinein hat es in Dresden keinerlei Straßenbeleuchtung gegeben. Erst um das Jahr 1685 sind in der Bürgerstadt kleine bezugsfähige Laternen aufgestellt, die auch von dem Kurfürsten Johann Georg II. als berechtigt anerkannt wurden. Er setzte eine Kommission zum Studium der Beleuchtungsfrage ein. Der Vorschlag dieser Kommission, an jedem dritten Hause eine Laterne anzubringen, die im Herbst und Winter von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr früh zu brennen habe, wurde aber von dem Räte verworfen, der die Ansicht vertrat, es genüge, wenn jeder Einwohner in der Dunkelheit eine brennende Laterne mit sich herumtrage und jeder, der dies unterlasse, zu arretieren sei. Da die Meinungsverschiedenheiten nicht auszugleichen waren, unterblieb die Straßenbeleuchtung, bis Kurfürst August 1706 den Oberbaurat Raumann beauftragte, eine Straßenbeleuchtung einzurichten. Im März desselben Jahres wurden 40 Öl- und Kerzenlampen aufgestellt und im November weitere 750. Beschädigungen der Laternen durch Hochwässer wurden mit schweren Strafen bedroht. Die Kosten der Beleuchtung (1900 Taler), sollten von den Hausbesitzern aufgebracht werden, die sich aber gegen die Belastung wehrten. Man kam infolgedessen darauf, den Luxus in Kleidern, Perücken, Karossen, Teilschiffen usw. zu steuern und von dem Ertrag die Kosten der Straßenbeleuchtung zu decken. Die Einnahmen stiegen in der sogenannten Paternerkasse. Bis 1880 hat man an dieser Deckungsart festgehalten. Im Jahre 1818 umfaßte die Dresdner Straßenbeleuchtung 1315 Laternen. Nachdem 1814 in London, 1820 in Paris und 1826 in Berlin Gaslaternen gebaut worden waren, trat man auch in Dresden dieser Frage näher. Der Inspektor des Mathematischen Salons Blochmann wurde von dem König beauftragt, eine Gasanstalt zu bauen. Im April 1828 zur Feier der Geburt des Prinzen Albert, konnte die Stadt mit Gaslaternen illuminiert werden. Die Anzahl bestand sich auf den ersten Festungsmärkten in den jetzigen Zwingerpromenaden. 1830 baute die Stadt, auf die die Wege der Straßenbeleuchtung unterdessen vom Polizeikommissariat übergegangen war, eine neue Gasanstalt an der Zitzstraße. Bis 1834 war die Zahl der Gaslaternen auf 8600 gestiegen. In diesem Jahre beschloß die städtische Ratsversammlung, auf dem Gelände der Gasanstalt an der Zitzstraße ein Elektrizitätswerk zu bauen und die Straßen mit größerem Verkehr elektrisch zu beleuchten. Da Gleichstrom wegen des großen Versorgungsgebietes von vornherein ausschied und der Drehstrom noch in den Anfängen stehe, kam als einzige geeignete Stromart einphasiger Wechselstrom in Frage. Später wurde aber auch Drehstrom erzeugt und in beträchtlicher Menge bezogen, besonders um die Industrie zu versorgen. Durch die Eingemeinderungen im Jahre 1908 erhöhte sich die Zahl der Gaslaternen auf 426 und der elektrischen Glühlampen auf 426, die bis zum Jahre 1921 auf 1775 gestiegen sind. Gaslampen werden jetzt nur noch 4172 gebrannt. Durch die Einführung der hochleistungsfähigen Glühlampen wurden die Gaslampen allmählich beseitigt, so daß wir seit 1917 nur noch Glühlampen haben. Eine Uebersicht zeigte, daß die Straßenbeleuchtung gegenüber der Friedenszeit trotz der Eingemeinderungen außerordentlich eingeschränkt worden ist. Wie der Redner schätzte, ist nicht selten der Erfinder der elektrischen Glühlampe, vielmehr ein Deutscher, namens Heinrich Goebel, der bereits im Jahre 1859 in Neuworf eine von ihm erfundene Kohlenlampe vorführte. Vor dem Vortrage verlas der Vorsitzende Dr. Clemen wieder 18 Neuanmeldungen und teilte mit, daß der sächsische Gewerbeverein in Brunn dem Verein eine abermalige Spende von 2200 Tschekentronen — 200 Mark überwiesen habe, die zur Unterstützung von in Not geratenen Handwerfern und geistigen Arbeitern verwendet werden soll. Mit Worten der Anerkennung und des Dankes wurde von dem Vorsitzenden beantwortet, daß drei Mitglieder auf eine 50jährige Jubelgedächtnisfeier zum Gewerbeverein zurückblicken können. Es hat

Schorschli Sagerer
der bekannte Münchner Stimmungsmacher,
beginnt am Sonntag, am 2. März mit seinem
16 Oberbayern 16
sein Gastspiel in Dresden in dem vollständig
renovierten
Central-Theater-Tunnel
Wie bereits bekannt sein dürfte, findet die
Eröffnung
Sonntag, 2. März, nachm. 6 Uhr
mit einem reichhaltigen Unterhaltungsprogramm statt. — Rechtzeitige Taktbestimmungen ansetzen.

Bei den ersten Anzeichen von Sulten
raten wir Ihnen die bewährten Sagitta-Sondens zu nehmen, die Sie in allen Apotheken erhalten können. Preis pro Packung: 1,50 Mk. Sagitta-Werk G. m. b. H., München S. 2.

Alles tanzt
Double Fox, Pelikan, Mädeln von Java, Tutankhamen-Schimmy, Wenn ich dich seh', Mädl. Haus Augen, Kaniliffekt, Bananen, Im blauen Boot etc., je 1,50 Mk.
Alle neuesten Schläger nur auf Platten aller Fabrikate stets vorrätig.
Apparate von 144.— Mk. an.
H. Bock, Prager Straße 9.

SCHREIBMASCHINE MERCEDES
gegen erleichterte Zahlungsbedingungen
M. & R. ZOEGER, DRESDEN

des Drogist Hugo Köberlin, Stadtmiddellstr. 2. D. Wuh...

Zoologischer Garten.

Die Aktiengesellschaft Zoologischer Garten stellt am Mitt...

Der Vorsitzende Dr. v. Meiner dankte Prof. Dr. Brandes...

Die Eröffnungsbilanz für 1924, die ebenfalls Prof. Dr. Brandes...

Erleichterungen für den Fremdenverkehr in Sachsen.

Vom städtischen Verkehrsausschuss wird uns geschrieben: Die...

Beilehnung der Zivilprozesse.

Ueber diese Frage schreibt die 'Sächsische Industrie', das...

Januarabend der Delwa.

Die Delwa-Deute unterhielten sich am Donnerstagabend im...

Außenstände eines 'Deviseninspektors'.

Ein grobangelegter Schwindel, der lebhaft an die Epilobe...

leistung von 10000 Rentenmark und schritt, als ihm beides...

Am Dienstag ist in einer hiesigen Bank ein Unbekannter...

Finanzminister Dr. Reichold begab sich Donnerstagabend...

Ein weiteres Opfer des Branntweinbaues. Infolge des...

Am Ende des Majors Heinrich v. Schönberg. Dem am...

Einhebung von Landesbeiträgen auf den Termin 1. März 1924.

Keine verbliebenen Volksbrausebäder am Sonnabend.

Der Hundstun in Dienste der Weierkunde. Die...

Moderne Ehe. Generalsekretär H. Böhm behandelte...

Die Verlobung mit Begrüßungsworten eingeleitet...

Ein gutes Geheiß. Die Wadenlotterie...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Einmal auf der Bühne. Am Sonntagabend...

Die Schiedsrichterkommission in der wirtschaftlichen...

Elternraterversammlung. Die erste Versammlung der...

Wahnenauflösung. Die ersten Wägen entsprechend der...

Unterstützung. Bis zum Eintritt wärmerer Jahreszeit wird...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Deutsches Schauspiel. Die Fledermaus der 4. Deutsches...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Reise. Unter diesem Namen wird morgen unter der...

Wir teilen unserer verehrten Kundschaft hierdurch mit, daß das in unserer Fabrik ausgebrochene Schadenfeuer...

Steuerkalender.

(Ohne Gewähr.)

An die hiesigen Steuerstellen zu Dresden

Im März folgende Steuern, Abgaben und Gebühren abzuführen:

- 1. bis 31. März: Landesallotrente.
1. März: 2. Hälfte der 4. Teilzahlung der Gewerbesteuer auf das Rechnungsjahr 1923.
3. März: Arbeitgeberabgabe zur Gewerbesteuer.
7. März: Einkommensteuer-Vorauszahlung der Land- und Forstwirte und Gärtner.
10. März: Umsatzsteuer einschl. Zugsteuer u. Beherbergungssteuer.
10. März: Einkommensteuer, Vorauszahlung für Einkommen aus dem Betrieb eines Gewerbes oder Bergbaues.
15. März: Arbeitgeberabgabe zur Gewerbesteuer.
25. März: Arbeitgeberabgabe zur Gewerbesteuer.

An die zuständigen Finanzämter:

- 1. März: Obligationsteuer (Geldwertverteilungsgesetz bei Schuldverteilung).
5. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn.
7. März: Vermögenssteuer-Vorauszahlung.
10. März: Körperlichkeitssteuer-Vorauszahlung für körperlichkeitssteuerpflichtige Erwerbstätigen.
15. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn.
25. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Reifeprüfungen und Entlassungen.

Im Rinkmüschers Gymnasium wurde die mündliche Reifeprüfung am 28. und 29. Februar unter Vorsitz von Oberstudienrat Dr. Wagner abgehalten.
In der Oberrealschule Johannstadt fand am 25. und 26. Februar die Reifeprüfung ab.

Die Reifeprüfungen der Oberen Mädchenklasse, die vorige Woche unter Vorsitz des amtskommissarischen Oberstudienrats Hartwig abgehalten wurden, sind am 28. Februar im hiesigen Schulsaal beendet.

In der Oberrealschule Johannstadt fand am 25. und 26. Februar die Reifeprüfung ab.
Die mündliche Reifeprüfung fand unter dem Vorsitz des Oberstudienrats Dr. Wagner am 28. und 29. Februar statt.

Die mündliche Reifeprüfung fand unter dem Vorsitz des Oberstudienrats Dr. Wagner am 28. und 29. Februar statt.
Die Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.

Die mündliche Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.
Die Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.

Die mündliche Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.
Die Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.

Die mündliche Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.
Die Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.

Die mündliche Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.
Die Reifeprüfung wurde am 28. Februar beendet.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Geschäftsstellenverlegung.
Von Dienstag den 4. März an befinden sich die Geschäftsräume des Wohnungsbauamtes der Stadt Dresden im Stadthaus, Altonaer Platz 1, 1. Oberetage, Zimmer 20 (Telefonnummer 549 bis 1 Uhr, Telephon 50000). Am Montag dem 4. März ist das Wohnungsbauamt für den allgemeinen Verkehr geschlossen.

Standesämter.
Am 1. März 1924 wird das Standesamt XV (Briesnitz) nach dem Standesamt VII (Cotta, Völkner Straße 121, 1.) verlegt.
Die nachgenannten Standesämter sind für das Publikum vom 1. März 1924 ab wie folgt geöffnet:
Standesamt XI (Plauen) 8-11 Uhr vorm.
Standesamt XIII (Reudersdorf) 5-8 Uhr vorm. und
Standesamt XVI (Penzance) 3-4 Uhr nachm.

Krankenversicherung der Erwerbstätigen.

Durch die Verordnung des Reichsanalters vom 22. Februar 1924 zur Änderung der Verordnung über Erwerbstätigenversicherung usw., abgedruckt im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 25 vom 14. 02. 1924, wird für die Krankenversicherung der Erwerbstätigen folgendes neu bestimmt:

14. An die Stelle der §§ 12a, 12b, Absatz 1 bis 3, 6 und 7, §§ 12c bis 12f der Verordnung über Erwerbstätigenversicherung vom 1. November 1921 über die Erwerbstätigenversicherung treten folgende Vorschriften:

§ 12a. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12b. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12c. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12d. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12e. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12f. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12g. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12h. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12i. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12j. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12k. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12l. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12m. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12n. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12o. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12p. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12q. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12r. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12s. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12t. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12u. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12v. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12w. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

§ 12x. Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbstätigenversicherung verpflichtet ist, soll alle Erwerbstätigen, die sie zu unterrichten hat, bei der Allgemeinen Krankenversicherung ihres Bezirks oder einer anderen Krankenversicherung (z. B. der Reichsversicherungsordnung), die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Krankenversicherung mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit versichern.

Vergütung der Erwerbstätigen bis zu diesem Tage im Monat März keine solche Erklärung seiner Krankheitsfälle in der Versicherungsabteilung vor, wird er durch das Arbeitsamt in Dresden nach dem einschlägigen Bescheid der Erwerbstätigenversicherung in Anspruch genommen und erhält Krankenversicherungsbeiträge nur noch für die Zeit bis zum Ablauf des Monats März.

Bebauungsplanänderung Polshaus.
Für den Apenwea auf dem Grundstück der Schmeider Straße und dem Grundstück Polshaus 600 ist ein Bebauungsplan entworfen worden, der vier Wochen lang an jedem Morgen im Neuen Rathaus, 4. Oberetage, Zimmer 484, ausliegt.

Dresdner Handelsregister.
Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Eingetragen wurde:
Auf Blatt 17818, betreffend die Aktiengesellschaft Bismarck-Werke, Stein- und Schmelzwerk Aktiengesellschaft in Dresden: Die Generalversammlung vom 21. Dezember 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 Millionen Mark Vorzugsaktien zu erhöhen.

Börsen- und Handelsteil.

Dresdner Börse vom 28. Februar.

Die heutige Börse zeigte sich heute etwas überhandnehmender, aber bei demselben lebendigen Geschäft...

Table with columns for various stock categories like 'Börsen-Preise', 'Devisenkurse', and 'Papier-Fabrik-Akt.' listing prices and changes.

Berliner Börse vom 28. Februar.

Nach an der heutigen Börse war eine irgendwo bemerkenswerte Belebung des Geschäfts nicht wahrzunehmen...

Amtlich notierte Devisenkurse

Table showing official exchange rates for various countries like London, Paris, and New York.

hat sich nicht bekräftigt. Besonders hart für die Betroffenen ist der Umstand, daß die nach dem jeweiligen Dollarstand in Gold umgerechnete Differenz zwischen dem bisher gehaltenen...

Berliner Schluss- und Nachbörse vom 28. Februar.

Nach heute blieb am Schluss der Börse die Geschäftstätigkeit außerordentlich gering. Sachwerte blieben unverändert...

BANKHAUS HEIMANN & CO. DRESDEN A. VIKTORIA-STR. 3. AUSFÜHRUNG SÄMTL. BANK-GESCHÄFTE u. ABTEILUNG FÜR HYPOTHEKEN u. GRUNDGESITZ.

Dresdner Kurse vom 28. Februar 1924

Table of stock prices for various companies and sectors, including 'Festverzinsliche Werte' and 'Industrie-Obligationen'.

Wertbeständige Anleihen

Table of interest-free securities and bonds, listing titles and prices.

Bank-, Transp. u. Bau-gesellschafts-Aktion

Table of bank, transport, and construction shares, listing company names and prices.

Papier-Fabrik-Akt.

Table of paper mill shares, listing various companies and their stock prices.

Verschied. Ind.-Aktien

Table of various industrial shares, listing different sectors and stock prices.

Berliner Kurse vom 28. Februar 1924

Table of Berlin stock prices, including 'Deutsche Staats- und Stadtanleihen' and 'Transportwerte'.

Industrie-Aktion

Table of industrial shares, listing various companies and their stock prices.

Bank-, Transp. u. Bau-gesellschafts-Aktion

Table of bank, transport, and construction shares, listing company names and prices.

Papier-Fabrik-Akt.

Table of paper mill shares, listing various companies and their stock prices.

Verschied. Ind.-Aktien

Table of various industrial shares, listing different sectors and stock prices.

Vermischtes.

Der Obwenausbruch bei der Filmaufnahme in Rom.

Eine Neuherausgabe des Compteur Schneider. Zu dem verhängnisvollen Unfall bei der Filmaufnahme...

Postverkehr über das Eis des Bodensees.

Der Untersee des Bodensees ist infolge der Kälte der letzten Tage bis zu einem kleinen Teil am Schweizer Ufer bei Steckborn angefroren.

Im Papieranzug in Flammen.

Eine aufregende Unterbrechung hatte ein Maskenball, der im Schönberger Ratstheater von einer alpinstilischen Vereinigung veranstaltet worden war.

Ein neues Alpenbahnprojekt.

In Triest hat sich eine Gesellschaft gebildet, die den Bau einer Bahn über den Karawanken, also eine Verbindung zwischen Garmisch-Partenkirchen-Garmisch-Partenkirchen-Tauern und Innsbruck anstrebt.

Schubfach zu legen, war dies voll, wanderte sein Inhalt in eine Kiste, von da farrenweise in eine Kammer. Guitraud war übrigens ein außerordentlich begabter Musiker, dessen Kantate: 'Baiojer und der Blütenpfeiler' mit dem Römertitel ausgezeichnet wurde.

Ein Wunderkind als Mörder.

Die Schweltern verbrannt - die Eltern erschossen. Frank Mc. Dowell hat sich als Wunderkind in den Vereinigten Staaten einen Namen gemacht.

Jagd und Fischerrei im März.

Schwere Schäden hat der langandauernde, Schnee- und hardbreitende Winter unter unfernen Wildbeständen hervorgerufen, ihnen empfindliche Schäden geschlagen.

Ein rheinischer Separatist als Verbrecher in Wien.

Die aus Wien gemeldet wird, wurde wegen Diebstahls nach aufregender Jagd durch mehrere Strohen ein zwanzigjähriger Burische namens Maurer verhaftet.

Das letzte Ueberbleibsel der Universität Wittenberg, die vor reichlich 100 Jahren mit der Universität Halle vereinigt wurde, das Wittenberger Predigerseminar, zu dessen Unterhaltung der Staat verpflichtet war, ist aus Sparmaßregeln geschlossen worden.

Die Hilsarbeits Oberleitungsarbeiten. Die Schiffsahrt auf der Oder ruht seit November vorigen Jahres infolge der anhaltenden kalten Witterung vollkommen.

Schwarze Posten in Oberhessen. Die schwarzen Posten treten in Oberhessen so bedrohlich auf, daß beispielsweise in Kassel einmal Straßenteile vom Verkehr abgesperrt werden mußten.

Der verräterische Lutz. Ein alter starkes Porzellan führte dieser Tage in Völsperg zur Entdeckung eines Diebes. Es waren im Ofen mehrere Flaschen kostbarer Parfüms gefahren worden.

Der Nachwächter als Raubräuber. Aus Rom wird gemeldet: Die Provinzial-Postkasse in Genua wurde von einem Nachwächter mit fremder Hilfe erbrochen.

Das mutige Schächgen. Die Bevölkerung Groß-Wienwurk ist aufs neue durch die lächerlichen Schandthaten der weiblichen Räuberbanden in Aufruhr versetzt.

Die uneröffneten Briefe oder wie man sein Leben um 10 Jahre verlängert.

Einen neuen Veltour zu den 'Hausmitteln', wie man am besten sein Leben verlängern könne, hat der Nachlaß des vor 20 Jahren verstorbenen Komponisten Erich Guitraud geerbt.

Goldstückwettbewerb



Richtige Lösung: 1. GOLDSTÜCK 2. EDELSTÜCK 3. MEISTERSTÜCK 4. URSTÜCK 5. NONNE(N)STÜCK

- GRUPPE A 4. BIS 12. PREIS: Paul Geyers, Hans Koffer, Dr. A. Lubow, W. Steinbach, etc.

STÜCK • AG • WEINBRENNEREIEN / LIKORFABRIKEN • HANAU / BERLIN / KÖLN

Weisse Renner Woche

Advertisement for a sewing machine repair shop: 'Reparatur an allen Nähmaschinen'.

Advertisement for a bicycle repair shop: 'Schwarz die schlechten Rad-Schäden werden in unserer Fahrrad-Werkstatt'.

Advertisement for skis: 'Schlitten mit abnehmbarem Boden'.

Thomas Hüglins Sonnenflug.

Roman von Karl Gaudel.

II. Fortsetzung.

Mubelesch schritt er wieder und wieder Stunde um Stunde hin und her in seinem Arbeitszimmer und wälzte die schweren Gedanken, die wie Erbsünde sich immer wieder in seinen Weg stellten. Und kam zu keinem Ende. So überaus klar, so überzeugend einfach hatte die Zukunft da vor ihm gelegen, daß es ihm kaum noch der Mühe lohnte, lange Worte darüber zu verlieren. Bei Käthes Vater war das Projekt dieser Heirat beschlossene Sache gewesen. Er, der Sohn des alten Achtundvierziger, dem er in seinem ganzen Wesen so gar nicht glich, hatte nie damit rechnen können, das Erbe des alten Vermögens zu erben, und freudig hatte diese den sich zeigenden Weg beschritten, zum Wohle der jüngsten Generation, von der sie im tiefsten erhoffte, daß die Gewöhnung sie in die erwünschte Situation hineinwachsen lassen würde. Liebe? — Davon war keine Rede gewesen bei all diesen Abmachungen, der trauisch-lameradtschaffliche Verkehr der beiden Kinder ließ auch ohnehin wärmere Sympathien für einander voraussetzen.

Und nun? — Wie ein löbendes Wirral hatte das Erscheinen des Freundes in den ruhigen Lauf der Dinge eingegriffen. Wer hätte das ahnen können? — Und was im Grunde war denn eigentlich geschehen? — Doch nichts. Politisch nichts Greifbares! Nichts, das einem Verdäulben des einen, noch des anderen zugeschoben werden konnte. Aber dennoch schwebte etwas in der Luft, unsichtbar, aber dennoch drohend. Hans Wehermann fühlte es, hauchartig lag es über seinem sicheren Schicksalshügel; lähmend auf seiner Selbsteigenschaft. Und das machte ihn verstimmt, gereizt, nervös; das ließ ihn nicht Ruhe finden und raubte ihm die Lust an jeglichem Tun.

Und zu alledem war noch etwas in ihm erwacht, das er bisher nicht kannte, ein helles, unruhendes Gefühl gegenüber dem Wesen, das er mit fühlter Selbstverständlichkeit solange als ein ihm sicheres Eigentum betrachtet hatte.

Zum ersten Male sah er in Käthe das Weib, das reifende, störende Weib, zum ersten Male mit den Augen des Mannes. Da tat ein Abgrund in ihm sich auf, sah und gewaltig brach das Empfinden in ihm hervor, das solange unter der fahlen,

korrekten Gelassenheit wie unter einer Nichtigkeitslicht gegelommen hatte. Eine gewaltige Sinnes- und Weisungsänderung trat bei ihm in die Erscheinung. Das war nicht mehr der nüchterne Verhandlungsmensch, der mit diplomatischer Ruhe nach einem möglichst vorteilhaften Kompromiß angelt, das war der Mann, dessen Energie sich kräftigt und der bereit ist zum erbittertsten Kampfe, der je zwischen Männern ausgefochten wird, zum Kampf um das Weib.

Und getrieben von dem Trange nach einer Entscheldung, machte er sich eines Tages auf den Weg zur Rheinstraße.

Es fühlte sich glücklich; er trat das junge Mädchen allein im Garten. Unbefangen und lustig lachend, reichte Käthe dem Vetter Cousin beide Hände hin, und in frohlichem Gepolter schritten sie nebeneinander über die sorgfältig geharkten Kieswege dahin. Allmählich wurden die Hände enger, dichter trat das Unterholz von beiden Seiten heran, und unvermerkt lief der Park in den Wald hinein. Von dem weißen Dunst da drüben war nur mehr die Lurmgünne sichtbar, und lustig flatterte der Flaggenschwanz dort oben im Winde.

Hans Wehermann hatte Halt gemacht, und hier unter den schlauernden Bäumen suchte er nach des Mädchens Hand. Käthe, ich habe etwas Ernstes mit Dir zu besprechen! Ein schweres Bild aus den blauen Augen kreuzte sein Gesicht, und die bedende Stimme des hübschen Weibchens strahlte den lustigen Ton Hagens: Na, dann schief los, alter Junge!

Und Hans Wehermann begann. Nervös wühlte die Stockspitze in dem weichen Sandboden, und so sorgfältig abgewogen und gewählt auch seine Worte fielen, die Stimme klang merklich rau und brüchig: Sieh einmal, Käthe, von Kind an kennst Du mich nun; wir haben uns immer recht gut vertragen und wissen voneinander mehr als sonst wohl zwei jungen Menschenkinder. Da ist es denn schwer, aus der traulichen Unbefangenheit heraus den Ton zu finden, der Dir eben das sagt, was ich Dir jetzt zu sagen habe. Jeneu Ton meine ich, der nicht zum Herzen der Cousine oder Freundin, sondern der zum Herzen des Weibes spricht. Aber die Jahre des Wartens sind verstrichen, und auch Du mußt schließlich davon gefast sein, die Stimme des Mannes zu hören, wie sie Dir lautet: „Komm, sei mein Weib.“ Gewiß wird Dir der Wunsch Deines Vaters, der Wunsch Deiner Großmutter nicht mehr unbekannt sein, gewiß sind Dir auch die sicher zu nehmenden Ausdrücke bekannt, die sich an die Erfüllung dieses Wunsches knüpfen. Aber so verlockend auch diese Ausdrücke für mich sein mögen, und ich gehe so gern, daß sie gerade für meine Weibsbart etwas Faszinierendes haben, wenn ich heute vor Dir stehe, mit der herlichen Bitte auf den Lippen: „Komm in mein Heim, Käthe, werde mein Weib.“ So sind nicht diese Ausdrücke für mich wählend und bestimmend gewesen — ich hätte sonst schon früher zu Dir sprechen können — sondern allein der Umstand, daß ich Dich wahr und ehrlich liebe, daß ich nicht Käthe Wehler, den Sprössling der Lehmanns, sondern daß ich das Weib in Dir zu eigen begehre. Und aus dieser Liebe heraus bitte ich Dich: Gib Dich mir zu einem, Käthe, sei mein!

Stamm mit zusammengedrehten Lippen stand das Mädchen vor ihm und harzte sinnenden Auges an ihm vorbei in die dämmende Waldesnacht und sand nicht die Worte der Erwiderung.

Und wieder begann er, und seine Worte klangen eindringlich und voller Wärme: Ich weiß es, Käthe, es ist vieles, was Dich unbestimmt sein läßt, was Dich sagen macht; die gänzlich veränderte Stellung zueinander, der Gedanke, daß die verlockenden Aussichten zu leicht als die Triebfeder unserer Vereinigung angesehen werden können, das alles macht Dich ichen und besagen. Ich dränge Dich auch nicht um eine Entscheldung, nur vor die Tatsache wollte ich Dich stellen, daß ich Dich liebe, daß ich Dich zu meinem Weibe begehre, daß Deine Liebe mein Glück, meine Zukunft ist. BURGHEIT verlange ich noch keine Antwort darauf, noch nicht; ich weiß Deine Empfindungen wohl zu schätzen. Aber um das bitte ich Dich, prüfe Dich, frage Dein Herz, erwäge das Für und Wider, und wenn Du Dich dann entschlossen hast, dann gib mir eine Frage die ehrliche Antwort.

Frugend sah er zu ihr nieder, wie sie vor ihm stand, schlanke und raue, bleich und ernst, ganz im Banne der entscheidenden Stunde. Aber schon hob sie das Haupt und sah voll zu ihm auf, und nie glaubte er so voll und tief den ganzen Zauber ihrer herben Jungfräulichkeit empfunden zu haben, wie in diesen Sekunden.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Klopfer - Hafersfloeken

Hafersgrütze, Hafermehl werden aus im Vakuum gedarrten, nicht abgeschliffenen Haferspernen bereitet und enthalten alle natürlichen Pflanzverbindungen, sowie die Vitamine (Ergänzungsnährstoffe) des unversehrten Hafers. Dr. Klopfer-Hafersfloeken sind sechsmal so fettreich wie Weizenmehl. Hafersfett enthält Lecithin, den Hauptbestandteil der menschlichen Nerven- und Gehirnschicht und andere lipidlösliche Vitamine. Tägliche Verarbeitung bis 600 Zentner Hafers.

Hersteller: Dr. Volkmar Klopfer, Reudenberg-Leubnitz

Familiennachrichten

Heute wurde uns durch den Tod entzissen

Herr

Heinrich Ludwig Feodor von Schönberg auf Bornitz Major a. D.

Als Besitzer seit 1913 und besonders als Schamkeller seit 1917 hat er sich in schwerer Zeit um unseren Familienverband und unsere Gesamtfamilie durch sein tohräftiges und treues Wirken reiche Verdienste erworben. für die ihm ein dankbares Andenken stets bewahrt bleiben wird.

Thammenhain, 26. Februar 1924.

Der v. Schönbergische Geschlechtsverein

Haus Nr. 1, Schönberg, Senior.

Strenge zur öffentlichen Kenntnisnahme, daß ich mich am 27. Februar 1924 in

Dresden-N. Ost., Reichensbachstr. 4, Souterain,

als Rechtsvertreter

abgegeben habe, und übernehme sämtliche Prozeßkosten, auch alle Anwalts-, Anwalts- und Anwaltskosten.

Sprechstunden von 2-6 Uhr täglich.

Max Dieje, Rechtsanwalt.

Jagd-Verpachtung.

Der Jagd auf den Grundstücken des hiesigen Jagdbesitzes Böhm, ca. 500 Morgen umfänglich, soll

Donnerstag den 20. März nachm. 1/3 Uhr

im Gaumnitzschen Gasthote

auf die nächsten 3 Jahre, vom 1. September 1924 bis 31. Juni 1931, gegen das Meistgebot, jedoch mit Vorbehalt der Zustimmung unter den Herren des Jagdbesitzes, verpachtet werden.

Bedingungen liegen bei Unterzeichnetem aus.

Böhm, am 25. Februar 1924.

Der Jagdvorstand: M. Böhme.



Henkels Scheuerpulver Ata putzt, reinigt alles! Überall zu haben



E. PASCHKY

Frischfische billiger als in Vorkriegszeiten!

Kabeljau ohne Pfd. 20 Spf. im Schnitt 22 Spf. Prachtvolle grüne Seringe hochdelikate 5 Pfd. nur 55 Spf. 10 Pfd. nur 1 Gm. la Matrelbücklinge 1/2 Pfd. 15 Spf. Für Wiederverkäufer seit über 40 Jahren billigste Bezugsquelle.

Inlett garant. dauerndicht, zu billigsten Preisen Bettfedern in den besten füllkräftigen Sorten H. Rösler, Rosenstraße 14 - Eigene Weberei -

Auswahl über Südamerika gibt Ihnen das Buch: ? Soll ich auswandern? Aus dem Inhalt: Allgemeine Die Lage des Arbeitsmarktes in Brasilien und Argentinien in den einzelnen Berufsgruppen, Gehälter, Löhne, Steuerrollen, aber keine die Lebenshaltung in bestimmten Berufsgruppen, sondern die soziale Lage der Arbeiter, die wirtschaftliche Lage, Steuern, Mieten, Erbschaft, von Gütern, Annehmlichkeiten, der Lebenshaltung, Gesundheitszustand, usw. Dieses Buch das wichtigste brauchbare und überaus wertvolle, aus persönlicher Erfahrung der heute in die und fast alle enthält. Verkauft nur bis Dezember 1923. Preis: 1,50 G.-M., Nachnahme 2,- G.-M. - postfrei (Buchhändler-Kabatt).

A. Paul Frey, Hamburg 3 B, Wehlstr. 8. Tel.: Elbe 4173. Glänzende Verkaufserfolge! Zahlreiche Dankbriefe!

Geschmackvolle Familientruckfächer liefert schnellstens Buch- und Kunstbruderkerei Diepisch & Reichardt, Dresden-L, Marienstr. 38/40 / Fernruf 25241

Maß-Anfertigung für Herren

Eigene Werkstätten / Schnellste Lieferung / Verwendung bester Zutaten / Große Auswahl bester Stoffe in deutschen und englischen Qualitäten

Herrenanzug nach Maß, modernster Schnitt R 176.-, 130.- 92.- Sportanzug nach Maß, beste Form R 180.-, 140.-, 96.- Mantel nach Maß, moderne Form, mit Hüten/alte, 86.-

Anzugstoff, hell u. dunkelkarbi, äußerst haltbar, 350 Mantelstoff, einfarbig und gemust. Comelpun, 425 Hosenstoff, für Eintrags passend, in besten und 950

RENNER Haus für Herren-Kleidung

2000 Stück

Damen-Konfektion

zu fabelhaft billigen Preisen!

Einzelne Musterstücke in elegantester Art

Table listing various clothing items and prices: Ein Posten elegante Kleider 49.00, Ein Posten mod. Kasak-Kleider 59.00, Ein Posten fesche Kleider 29.00, Ein Posten Gabard.-Kleider 36.00, Ein Posten Winter-Mäntel Serie I 29.00, Ein Posten Jackenkleider 24.50, Ein Posten Jackenkleider 35.00, Ein Posten Jackenkleider 58.00, Eleg. Jackenkleider 75.00, Frühjahrs-Mäntel 39.00, Frühjahrs-Mäntel 48.00, Frühjahrs-Mäntel 29.00, Frühjahrs-Mäntel 39.00, Frühjahrs-Mäntel Serie II 36.00

Ludwig Bach & Co. Wettinerstraße 3.

Beachten Sie unsere Spezial-Fenster.

Stollenmarkt

Handm. Fabrikleiter, Bartengehilfe, Berwaller, Eisenwerk Copitz - Gerlach & Co.

Handm. Fabrikleiter, Zigarettenfabrik Rella, Tüchtiger Belgiehermeister gesucht.

Wohnungen für Kleinrentner, 2 od. 3 leere Zimmer, 150-200 qm Gewerberäume.

Wickelkommoden, Knöke & Dreßler, Bangochjen, banrischer Bangochjen.

Wagenpferde, Strehle, Ermländer Arbeitspferde, Ostpreussische Pferde.

Sonder-Angebot Woll-Club-Jacken, Damen-Woll-Jackets, Klubsessel, Sortenechte Gemüß- u. Blumen-Sämereien.

Oberschweizer, Grobes landw. genossenschaftliches Unternehmen sucht vornehme redew. ält. Landwirte.

Goldmarkt, 3-5000 Goldmark, Hypotheken an erster Stelle, Alexander S. Neuer & Co.

Grundstücke, 4 Pachtgüter, Kleineres Hotel oder besseres Restaurant.

Rotthimmel, Altschw. Hund, Ca. 250 Jtr. Kohlrüben.

Wagen- u. Arbeitspferde, Otto Marker, Rollen, Fernpr. 90.

Briketts, Kohlen, Ab Lager! Lagerfchuppen, Bauernzimmer, Autogaragen.

Berwallerstelle, Heimarbeit, Leistungsfähige Pinselfabrik.

Geleitfähige Pinselfabrik, geeigneten Vertreter, Heimarbeit.

Geleitfähige Pinselfabrik, geeigneten Vertreter, Heimarbeit.

Geleitfähige Pinselfabrik, geeigneten Vertreter, Heimarbeit.

Geleitfähige Pinselfabrik, geeigneten Vertreter, Heimarbeit.

Geleitfähige Pinselfabrik, geeigneten Vertreter, Heimarbeit.

Weisse Renner Woche

Wiener Kaffeehaus Maximilian
 Leiter: Martin Meißner.
 Heute Freitag ab 7 Uhr
Abschieds- und Ehrenabend
 der Abkündigung des erfolgreichen Februar-Programms.
 Ab 1. März erneute Besetzung:
„Ein Spiel schöner Frauen“
 Sonntags Nachmittags-Vorstellung.
 In Vorbereitung:
Die Faschings-Feyer
 mit imposanten Liebermanns-Darstellungen.
 Zeitliches Kommen sichert Platz!

Linckesches Bad
 Jeden Freitag 7 Uhr
Feine Reunion.

Körper-Ausbildungs-Institut Kraft-Kunst
 Scheffelstraße 29
Wieder-Eröffnung
 Sonnabend den 1. März
 In allen Fächern der Leibesübungen streng lehrmäßige
 Leitung. - Näheres im Institut
W. Gutezeit, Sportlehrer, Tel. 16501
 Besichtigung gern gestattet
 Geöffnet von 10-1, 4-6



KOSTENLOSE REISE NACH AMERIKA

Wenn Sie Verwandte und Bekannte in Nord- oder Südamerika besuchen wollen, die die Überfahrt bezahlen können, dann teilen Sie uns deren genaue Adresse mit.

Wir werden uns mit diesen ohne Kosten für Sie in Verbindung setzen und dahin streben, Ihnen Überfahrt, sowie das sonst erforderliche Reise-geld zu beschaffen.

Fachmännischen Rat über alle einschlägigen Fragen erteilen wir Ihnen ebenfalls kostenfrei.

**SAUTZEN, Ernst Sembdner, Töpferstraße 21,
 CHEMNITZ, Alfred Blank, Langenstraße 25,
 PIRMA, Georg Kusch, Gartenstraße 11
 DRESDEN, Emil Höck, Prager Str. 41.
 Adolf Homel, An der Kreuzkirche 1.**

Circus Straßburger

Heute Freitag 7 1/2 Uhr
Letzter Tag
 der Februar-Sensation

Morgen Sonnabend 3 1/2, 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr
Neuer März-Spielplan

Ab 1. März 1924
 Der Höhepunkt des Straßburger Programms
 I. Teil:
100 Pferde
 in jeder Vorstellung in den denkbar möglichsten Darbietungen.
 Als Gast:
 Der Wiener Circusdirektor **Adolf Müller-Maine** mit seinem Pferdmaterial.
 II. Teil:
„Lodernde Flammen“
 Manegeschau in 6 Bildern aus dem Erhebungsjahr 1813 von **Karl Müller-Maiberg.**
 Sonnabend Nachmittag
 1 Kind frei, weitere halbe Preise.
 Billets: Reka u. Circus-Kasse.

Wittlichbunde bei Streifho,
 Spezialität in Interland-
 schaft, wunderbare Schneeeisbühnen.

ELPRADO
 STEINSTR. 15
 AN DER MARSHALLSTR.

Jeden Freitag u. Sonntag

Dekoration blendend
 Nur kurze Zeit!

Wagkes Tanz-Palast
 Neben Freitag und Sonntag
Große Ballfeste
 Künstlerkapelle 13 Mann.
 Al. Grottel. Saal und Bühnen.

Kaffee Tee

wirklich feine Qualitäten
 kaufen Sie stets frisch in der

Kaffee-Groß-Rösterei „Ceylon“
 Pillniger Straße 30
 Fernruf 13356
 Groß- und Kleinverkauf.

Kaviar
 echt russischer
 Pfund von **36** Mark an

Lehmann & Leichsenring
 Hauptgeschäft: Prager Str. 15
 Filiale: Prager Str. 58

Wessel & Friedrich
 Viktoriahaus.

Aktenmappen, Rindleder, 7,90 u. 12,50.
Reisekoffer und Taschen.
 Elegante Damen-Besuche-, Geld- u. Brieftaschen, Schultaschen, Handkoffer, Bekleidungs-Accessoires.
Offenbacher Lederwaren
 Geschäftsblog: Ferdinandstraße 6.

CENTRAL-THEATER
 DIREKTION: ADOLF VOGEL - TELEPHON 12312

1.-15. März
14 Internationale Sensationen 14

OKITO der große Zauberer!
Picardy phänomenaler = = = =
 = = = = Fuß-Antipode
Golemanns = = = = hervorragende =
 = = = = Dressuren
Zwei Florences Equit- =
 = = = = bristen
Ruth Schwarzkopf in ihren Tänzen
Charlons Marionetten
Zwei Silhans Gymnastik- =
 = = = = Akt
Maria Rapp ehmal. russische Hofopernsänger.
Fred Marlon der = = = =
 = = = = Unerreichte
Scamp u. Scamp die best. kom. Redekünstler
Hans Hauser der populäre Münch. Komik.
Drei Valescos rumänische Gaukler
Maria St. Cloud Tanz- = =
 = = = = Künstlerin
Hagenbecks Elefant

Infolge des überreichen Programms
 Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr

Vorverkauf ab 11 Uhr an der Kasse
 ununterbrochen

VOGEL'S CENTRAL-THEATER
KÜNSTLER-SPIELE
 TELEPHON 13127 TELEPHON 14777

März Ein nie dagewesenes! 8 Uhr
 Kabarett - Programm!

Jean Moreau!
 Tilde Es'è in ihren Tänzen
 Maria Einöschhofer
 Carl und Camilla **Schwarz**
 in ihrer Original-Szene:
Der zerbrochene Spiegel
 Größter Lacherfolg

Griner u. Zeiler
 von Münchner Staatstheater
 Maria St. Cloud, Tänzerin
Fritz Junkermann
 Glanz, spanische Tänze
Hernez und Cortez
 Zauber-Parodisten
und weitere Kunstkräfte!
 Kapelle Volkmann
Kein Wehzwang!!

Täglich 4 Uhr **TEE** bei großem Programm
 Woch. Eintritt frei!

Kenner-Einlage-Verkehr

Eine neugeschaffene Abteilung, die den Anforderungen der Zeitzeit in besonderem Maße entgegen kommt. Sie zahlen eine Stamm-Einlage von mindestens M 50.-, der noch weitere Sparbeiträge in beliebiger Höhe für spätere Warenentnahmen hinzugefügt werden können, entweder sofort oder



In Teilbeträgen bei unserer Rechnungs-Abteilung ein. Die Verzinsung erfolgt in Höhe des jeweiligen Reichsbankdiskonts (zur Zeit 10%). Als Inhaber einer solchen Stammeinlage erhalten Sie auf alle Ihre Bareinkäufe in unserem Hause einen Vorzugsrabatt von 3% in Ihrem Einlagebuch gutgeschrieben

Rechnungs-Abteilung 1. Stod **Modehaus Kenner Dresden Altmarkt** Rechnungs-Abteilung 1. Stod

CENTRAL-THEATER

DRESDEN

DIREKTION: ADOLF VOGEL

1.-15. März 1924 **7¹/₂ Uhr**

- Okito* der große Zauberer /
- Picardy* phänomenaler Fuß-Antipode /
- Zwei Florences* Equilibristen /
- Ruß Schwarzkopf* Tanzkünstlerin /
- Golemann's* hervorragende Dressuren /
- Scamp u. Scamp* die besten kom. Reckkünstler /
- Maria Rapp* ehem. Russ. Hofopernsängerin /
- Charlon's* weltberühmte Marionetten /
- Schwestern Silbans* Gymnastik-Akt /
- Maria St. Cloud* in ihren Tänzen /
- Drei Delescos* Rumänische Gaukler /
- Fred Marlon* der Unerreichtel /
- Hans Hauser* der bekannte Münchner Komiker /
- Willy Hagenbeck's* Elefanten! /

Infolge des übergroßen Programms
Anfang pünktlich 7¹/₂ Uhr.

Hier bitte abtrennen!

Hier bitte abtrennen!

Hier bitte abtrennen!

CENTRAL-THEATER Direktion Adolf Vogel

für 1 Person **Gutschein** für 1 Person

Nur gültig bis **7. März 1924**

Vorzeiger dieses erhält auf
allen Plätzen ein Drittel
Ermäßigung

ab 6 Uhr an der Kasse
anzutauschen

Gültig nur Wochentage

Gültig nur Wochentage

CENTRAL-THEATER Direktion Adolf Vogel

für 1 Person **Gutschein** für 1 Person

Nur gültig bis **7. März 1924**

Vorzeiger dieses erhält auf
allen Plätzen ein Drittel
Ermäßigung

ab 6 Uhr an der Kasse
anzutauschen

Gültig nur Wochentage

Gültig nur Wochentage

CENTRAL-THEATER Direktion Adolf Vogel

für 1 Person **Gutschein** für 1 Person

Nur gültig bis **7. März 1924**

Vorzeiger dieses erhält auf
allen Plätzen ein Drittel
Ermäßigung

ab 6 Uhr an der Kasse
anzutauschen

Gültig nur Wochentage

Gültig nur Wochentage

CENTRAL-THEATER

DIREKTION: ADOLF VOGEL

Dresdens führendes Varieté

gewährt für das Kolossal-Programm

der ersten Märzhälfte

**untenstehende
Vergünstigung.**

**Alle sonstigen Ermäßigungen sind aufgehoben !
Nur nachstehende Gutscheine haben Gültigkeit !**

Hier bitte abtrennen!

Hier bitte abtrennen!

Hier bitte abtrennen!

Central-Theater, Dresden

Diese Karte ist
bares Geld

Vorzeiger dieser Karte erhält
auf allen Plätzen
umstehende Vergünstigung.

Ab 6 Uhr an der Kasse umzulauschen!

Central-Theater, Dresden

Diese Karte ist
bares Geld

Vorzeiger dieser Karte erhält
auf allen Plätzen
umstehende Vergünstigung.

Ab 6 Uhr an der Kasse umzulauschen!

Central-Theater, Dresden

Diese Karte ist
bares Geld

Vorzeiger dieser Karte erhält
auf allen Plätzen
umstehende Vergünstigung.

Ab 6 Uhr an der Kasse umzulauschen!

Siehe weiter!